



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

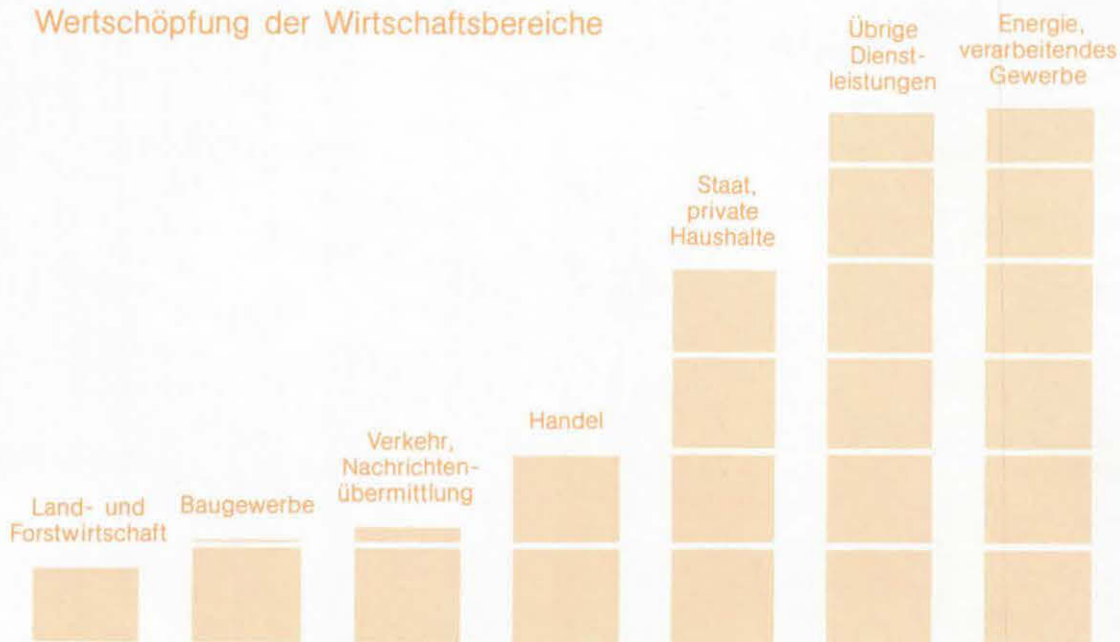
42. Jahrgang · Heft 7

Juli 1990

Aufsatz: Regionale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹					
		Mai 1990		Januar bis Mai 1990	
Beschäftigte	1 000	175	+ 4,6	174	+ 3,9
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	16	+ 9,0	16	+ 4,5
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	688	+ 10,7	636	+ 8,1
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 550	+ 4,4	3 476	+ 7,9
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 779	+ 5,0	2 636	+ 7,6
Auslandsumsatz	Mill. DM	771	+ 2,4	840	+ 8,9
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 355	+ 21,0	2 178	+ 7,2
aus dem Inland	Mill. DM	1 708	+ 31,4	1 425	+ 6,8
aus dem Ausland	Mill. DM	647	+ 0,1	752	+ 8,0
Energieverbrauch	1 000 t SKE
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1 000	40	+ 1,1	39	+ 1,5
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	5	+ 9,8	4	+ 4,0
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	135	+ 11,3	111	+ 9,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	463	+ 22,9	342	+ 12,9
Auftragseingang ³	Mill. DM	275	+ 6,6	260	+ 26,6
Baugenehmigungen ⁴					
Wohnbau	Wohnungen	1 372	+ 85,4	938	+ 66,3
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	781	+ 81,2	591	+ 49,2
Einzelhandel					
		April 1990		Januar bis April 1990	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 $\hat{=}$ 100	124,5	+ 9,8	115,1	+ 7,9
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 $\hat{=}$ 100	116,9	+ 16,0	88,3	+ 3,5
Fremdenverkehr ⁵					
Ankünfte	1 000	315	+ 22,9	187	+ 8,6
Übernachtungen	1 000	1 436	+ 39,6	758	+ 8,2
Arbeitsmarkt					
		Mai 1990		Januar bis Mai 1990	
Arbeitslose	Anzahl	90 041	- 4,6	105 528	- 4,3
Außenhandel					
		März 1990		Januar bis März 1990	
Ausfuhr	Mill. DM	1 058,5	+ 1,4	1 058,6	- 1,4
Kredite ⁶					
		April 1990		Januar bis April 1990	
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 917	+ 11,2	9 705	+ 11,3
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	52 124	+ 3,1	52 005	+ 3,2

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen; ohne Campingplätze)

6) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

7) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 7/90

	Seite
Aktuelle Auslese	147
Aufsatz	
Zu Methoden und Problemen regionaler Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen ...	148
Tabellenteil	Beilage
Entwicklung im Bild	3. Umschlagseite

Korrektur

Irrtümlich ist auf der Titelseite von Heft 6/1990 dieser Zeitschrift der falsche Monat eingedruckt worden. Wir bitten um Entschuldigung.

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

- Heft 2/1990**
 Preisindizes für die Lebenshaltung
 Die Bedeutung neuer Pendlerzahlen für die
 Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder
- Heft 3/1990**
 Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen
 Einkommen in den Kreisen aus der Sicht
 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
 Verarbeitendes Gewerbe 1988:
 Investitionsquote leicht gesunken
- Heft 4/1990**
 Schleswig-Holstein im Jahre 1989
- Heft 5/1990**
 Kommunalwahl 1990
 Beheizung der Wohnungen 1987
 Schafhaltung in Schleswig-Holstein
- Heft 6/1990**
 Eine Landgemeinde im Wandel
 Die erzieherischen Einzelhilfen
 in der Jugendhilfestatistik 1988

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiet und Bevölkerung	
Geburtsziffern 1988	1/17
Wahlen	
Kommunalwahl 1990	5/104
Erwerbstätigkeit	
Pendler 1987	1/14
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Schafhaltung in Schleswig-Holstein	5/116
Unternehmen und Arbeitsstätten	
Unternehmen und Beschäftigte 1987	1/ 5
Produzierendes Gewerbe	
Verarbeitendes Gewerbe kräftig belebt	1/16
Verarbeitendes Gewerbe 1988: Investitionsquote leicht gesunken	3/63
Verkehr	
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen	3/44
Öffentliche Sozialleistungen	
Erzieherische Einzelhilfen in der Jugendhilfestatistik 1988	6/133
Preise	
Die Preisindizes für die Lebenshaltung	2/24
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Die Bedeutung neuer Pendlerzahlen für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder	2/36
Die Einkommen in den Kreisen aus der Sicht der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	3/44
Zu Methoden und Problemen regionaler Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen	7/148
Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1989	4/67
Beheizung der Wohnungen 1987	5/111
Eine Landgemeinde im Wandel	6/128



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

42. Jahrgang

Heft 7

Juli 1990

Aktuelle Auslese

Hochschulprüfungen



Im Studienjahr 1989 (Wintersemester 1988/89 und Sommersemester 1989) nahmen 4 238 Studentinnen und Studenten an einer Abschlußprüfung teil, 5 % weniger als im vorangegangenen Studienjahr. Die Erfolgsquote betrug 96 %.

Von den erfolgreichen Kandidaten bestanden 1 269 die Abschlußprüfung an einer Fachhochschule — ohne Verwaltungsfachhochschule —, 697 ein Staatsexamen — ohne Lehramtsprüfung — und 680 eine Diplomprüfung an einer wissenschaftlichen Hochschule. 501 Doktoranden promovierten. 385 Prüflinge legten eine Lehramtsprüfung ab, davon bestanden allein 166 das erste Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien. 281 Beamtinnen und Beamte absolvierten die staatliche Laufbahnprüfung für den gehobenen Dienst (Verwaltungsfachhochschule und Rechtspflegeprüfung). Außerdem legten 103 Teilnehmer eine kirchliche Abschlußprüfung, 84 eine Magisterprüfung und 54 eine Musikprüfung ab.

Bedingt durch einen starken Rückgang bei den Lehramtsprüfungen, einem Bereich mit traditionell hohem Frauenanteil, lag der Anteil der erfolgreichen weiblichen Prüflinge insgesamt mit 35 % etwas unter dem der Vorjahre.

Weniger Lehrer



An den allgemeinbildenden Schulen des Landes unterrichteten im abgelaufenen Schuljahr 22 400 Lehrkräfte, 1 % weniger als im Schuljahr zuvor. Wie in den Vorjahren erhöhte sich die Zahl der teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte — und zwar um 8 % auf 8 500 —, während die Zahl der vollzeitbeschäftigten um 4 % auf 12 500 sank. Stundenweise beschäftigt waren nur noch 1 400 Lehrkräfte, 15 % weniger als 1988.

Von den vollzeitbeschäftigten Lehrerinnen und Lehrern arbeiteten 3 600 oder 29 % an Gymnasien, 2 600 oder 21 % an Grundschulen, 2 400 oder 19 % an Realschulen und 2 200 oder 17 % an Hauptschulen. Von den teilzeitbeschäftigten Lehrkräften unterrichtete mehr als jede dritte an einer Grundschule.

Bauhauptgewerbe im Aufwind



Die aufwärts gerichtete Tendenz im Bauhauptgewerbe hält weiter an. Im Durchschnitt der ersten vier Monate dieses Jahres waren dort 39 300 Personen beschäftigt, 1,6 % mehr als im ersten Jahresdrittel des Vorjahres. Bei den geleisteten Arbeitsstunden betrug das Plus sogar 2,2 %, der baugewerbliche Umsatz der Monate Januar bis April lag sogar um ein Zehntel über dem Vorjahr.

Von Januar bis April 1990 haben die Betriebe des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten Aufträge im Gesamtwert von über einer Milliarde DM hereingenommen, um ein Drittel mehr als im Jahr zuvor. Im Wohnungsbau und im öffentlichen und Verkehrsbau einschließlich Straßenbau betrug das Auftragsplus gegenüber dem Vorjahr sogar die Hälfte.

Güterumschlag in den Häfen



In den schleswig-holsteinischen Häfen wurden im Jahre 1988 von der See- und Binnenschifffahrt 31,7 Mill. t Güter umgeschlagen. Gegenüber 1987 steigerte sich damit der Güterumschlag um 2,6 Mill. t oder 9 %.

Von den zehn wichtigsten Häfen behauptete Lübeck mit einem Güterumschlag von 11,8 Mill. t (+ 7 %) die Spitzenposition. Der Umschlag in Brunsbüttel (8,3 Mill. t), der überwiegend aus Erdöl und Mineralölerzeugnissen besteht, stieg gegenüber 1987 um 0,9 Mill. t (+ 12 %). An dritter Stelle lag der Hafen Puttgarden mit 4,0 Mill. t (+ 1 %). Den Umschlag steigern konnten auch die Häfen Kiel (+ 15 %), Flensburg (+ 2 %), Husum (+ 14 %), Heiligenhafen (+ 4 %) und Neustadt (+ 5 %). Einen besonders hohen Zuwachs hatte der Hafen Wedel, der seinen Umschlag durch Empfang von Kraftwerkskohle verdoppeln konnte. Einen Umschlagverlust mußte lediglich der Hafen Rendsburg (- 6 %) hinnehmen.

Zu Methoden und Problemen regionaler Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen

Der folgende Aufsatz ist aus einer Schulungsunterlage entstanden: Das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein informierte am 25. und 28. Juni 1990 in Schwerin Mitarbeiter der drei Statistischen Bezirksamter Schwerin, Rostock und Neu-Brandenburg über die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesländer. Die Statistiker der DDR hatten um diese Schulung nachgesucht, weil der

Aufbau einer regionalen Gesamtrechnung in der DDR als vordringlich erachtet wird, für die Mitarbeiter dort aber auch eine völlig neue Aufgabe ist. Die Thematik ist im Aufsatz entsprechend breit angelegt, auf vertiefende Literatur wird hingewiesen. Einige Textbausteine entstammen früheren Aufsätzen in dieser Zeitschrift.

Von den internationalen Systematiken zur regionalen VGR — ein Überblick

Der UN-Rahmen

Die wirtschaftliche Leistung einer Region zu messen ist umso sinnvoller, je besser man das Ergebnis mit dem anderer Regionen vergleichen kann. Deshalb gibt es internationale Vereinbarungen, wie Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) erstellt werden sollen. Sogar die Vereinten Nationen haben die Einheitlichkeit der VGR zu einem ihrer Anliegen gemacht. Das System of National Accounts (SNA) stammt in seiner Erstfassung aus dem Jahre 1953, die derzeit noch gültige Version¹ von 1968. Eine Revision dieser obersten VGR-Systematik ist in Arbeit und wird voraussichtlich Mitte der neunziger Jahre in Kraft treten.

Das SNA ist ein umfassender und methodisch detaillierter Rahmen dafür, Stand und Entwicklung einer Volkswirtschaft systematisch und integral aufzuzeichnen. Es ist ein kohärentes System, das die Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts mit Input-Output und mit Vermögensrechnungen verbindet. In der Fassung von 1968 enthält es einige Hinweise darauf, wie bestimmte Definitionen und Klassifikationen für den Fall des Material Product Systems (MPS) der zentral gelenkten Planwirtschaften zu modifizieren sind. Für das MPS-System gibt es aber auch eine gesonderte UN-Systematik.

Das SNA beschreibt verschiedene Grundformen der Präsentation von VGR-Ergebnissen; von besonderer Bedeutung sind aber nur die Konten- und die Tabellenform, für Input-Output auch die Matrizenform. Das SNA schlägt, je nach Ausbaustand der nationalen Gesamtrechnung, verschiedene Konten und Standardtabellen vor.

Die Autoren des SNA haben stets eine doppelte Buchführung vor Augen, dies dient aber vorwiegend der Er-

klärung des Systems und den Produzenten der Gesamtrechnung als Prüf- und Abstimmrahmen. Dem Nutzer der Gesamtrechnung treten die Ergebnisse üblicherweise in Tabellenform entgegen.

Ein Schlüssel zum Verständnis des SNA ist seine Gliederung der Transaktoren und der Transaktionen. Als Transaktoren (Wirtschaftssubjekte) unterscheidet es

Transaktoren der Produktion, des Konsums und der Sachkapitalbildung

Produzenten von Gütern und Diensten für den Markt
Produzenten staatlicher Dienstleistungen
Produzenten privater unentgeltlicher Dienstleistungen für die privaten Haushalte

Transaktoren der Einkommensvorgänge, der Ausgaben und der Finanzierung

Kapitalgesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften
Staat
Organisationen ohne Erwerbszweck
Haushalte und Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Die von SNA vorgesehene Gliederung orientiert sich bei der erstgenannten Transaktorengruppe an der lokalen Produktion und damit an einer betrieblichen Struktur (establishmenttype units) mit soweit wie möglich funktionaler Ausrichtung. Die Vorgabe dessen, was statistische Einheit sein soll, ist eines der schwierigsten Kapitel der Wirtschaftsstatistik und auch im SNA nicht endgültig befriedigend gelöst.² Als establishments

1) A System of National Accounts, New York 1968

2) Die Problematik statistischer Einheiten wird erörtert auch in mehreren Aufsätzen, enthalten in Band 4 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, mit dem Titel: Internationale Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, Revision und Erweiterungen.

(fachliche Betriebsteile) denkbar sind Zweigbetriebe, Filialen, auch staatliche Arbeitsstätten, die zwar in der Ausübung ihrer Produktionstätigkeit weitgehend selbständig sind, rechtlich aber durchaus unselbständig sein können. Die Empfehlung des SNA wird von seinen Anwendern unterschiedlich in die Praxis umgesetzt.

Bei den Transaktoren der Einkommens- und der Finanzierungsvorgänge ist die Abgrenzung eindeutiger, nämlich institutional. Das bedeutet allerdings einen Wechsel der Darstellungseinheit, der zu Überleitproblemen innerhalb des Gesamtsystems des SNA und zu entsprechenden Revisionsüberlegungen führt.³

Auch bei den Transaktionen gibt es die Zweiteilung in solche der Produktion, des Konsums und der Sachkapitalbildung einerseits und diejenige der Einkommens- und Finanzierungsrechnung andererseits. Hier gibt das SNA nicht nur Hinweise zur Definition, sondern auch zur Periodenzuordnung und -abgrenzung.

Von seinem Aufbau und seiner Gedankenführung her ist das SNA mehr ein methodologischer Rahmen mit Empfehlungscharakter und weniger eine konkrete und zwingende Handlungsanweisung. Will man wissen, wie international vergleichbare Gesamtrechnung ausgestaltet sein sollte, sind eher die handbooks zu empfehlen, die die Statistikkommission der UN begleitend zum SNA für einzelne Teilabschnitte nach und nach entwickelt und herausgegeben hat.

Die Handbücher geben auch Hinweise zur Anwendung der wirtschaftlichen Gliederung. Die international vereinbarte Systematik ist die

International Standard Industrial Classification (ISIC)
of All Economic Activities.

SNA, handbooks und ISIC gibt es nur auf Englisch.⁴ Für die praktische Arbeit unterhalb der nationalen Ebene sind die Originaltexte allerdings auch entbehr-

lich. Über „regional accounting“ gibt das SNA kaum Hinweise.⁵

Das europäische System

Das SNA muß auf eine nach Stand der ökonomischen Entwicklung und Ausbau der Gesamtrechnung sehr heterogene Anwenderschaft ausgerichtet sein. Für die europäischen Industrienationen hat es schon sehr früh ein stärker maßgeschneidertes System gegeben: Die Organisation for European Economic Co-Operation (OECE) hat zeitgleich, methodisch kompatibel und sogar unter derselben Führungsperson (Richard Stone) ein Gesamtrechnungssystem erarbeitet. Die Arbeiten daran fanden 1970 mit der Schaffung eines „Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“ (ESVG) ihren vorläufigen Abschluß.⁶ Nach Revision des SNA in einigen Jahren wird dann auch das ESVG revidiert werden, denn es ist keine Konkurrenz-, sondern eine spezialisiertere Variante des SNA. Die Zuständigkeit für das europäische Gesamtrechnungssystem liegt — nachdem die Nachfolgeorganisation der OECE, die Organisation of Economic Co-Operation and Development (OECD), auf die Revision ihres eigenen Systems verzichtet hatte — seit dem Beginn der sechziger Jahre beim Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (SAEG).

Im Gegensatz zum SNA sind die Bestimmungen des ESVG — für die EG-Mitgliedstaaten — verbindlich. Begründungen zu den Methoden gibt es nicht. Wer dazu etwas erfahren will, muß das SNA zu Rate ziehen.

Die Probleme regionaler Gesamtrechnungen werden auch im ESVG nicht beschrieben.

Wie in der Gesamtrechnungs-, so gibt es auch in der Wirtschaftszweigsystematik eine europäische Sonderanfertigung, die

Nomenclature des
activités économiques dans les
Communautés
européennes,

kurz NACE. Die Systematik der Produktionsbereiche im ESVG basiert auf einer Spezialvariante, der Fassung für Input-Output-Tabellen (NACE/CLIO).

5) Allenfalls ist Ziffer 1.90 e zu nennen.

6) Stobbe, A., Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, v. 1979, S. 368 ff.

3) Stahmer, C., Integration der Input-Output-Rechnung in die internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen; in: Forum der Bundesstatistik, Band 4, a.a.O., S. 98ff.

4) Eine deutsch verfaßte Beschreibung des SNA-Konzepts findet sich bei Hamer, Günter, Grundzüge der neuen internationalen Standardsysteme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, Allgemeines Statistisches Archiv, Göttingen, Jg. 53 (1969), Seite 125 - 164. Eine ausführliche Schilderung bietet auch das Österreichische Statistische Zentralamt in Heft 525 seiner Beiträge zur österreichischen Statistik, Neuberechnung des österreichischen Volkseinkommens 1964 - 1977.

Die VGR in der Bundesrepublik Deutschland

Seit 1953 (Gesetz über die Statistiken für Bundeszwecke) hat das Statistische Bundesamt den gesetzlichen Auftrag, die amtliche Sozialproduktsberechnung durchzuführen. Dabei gibt es eine Arbeitsteilung mit der Deutschen Bundesbank, die vor allem den Zahlungsbilanz- und den geldwesenorientierten Part übernommen hat. Auch Institute, Ministerien, Verbände usw. steuern Informationen bei. Die in der VGR der Bundesrepublik verwendeten Daten sind also nicht allein die von der amtlichen Statistik selbst erhobenen.

Mit der VGR und ihren Teilrechnungen befassen sich in der Bundesrepublik auch nichtamtliche Stellen, insbesondere die Konjunkturforschungsinstitute. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) veröffentlicht vierteljährlich eine eigene Gesamtrechnung.

Weil die Methoden der amtlichen Gesamtrechnung in gewisser, allerdings geringfügiger Weise vom ESVG abweichen, gibt es VGR-Zahlen für die Bundesrepublik auch vom SAEG.

An dieser Stelle seien ein paar Hinweise zur deutschsprachigen Terminologie angebracht:

- Der Begriff Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen wird — wie hier — üblicher Weise im Plural gebraucht, vereinzelt gibt es auch die singularische Form. Das Kürzel VGR wird aber in aller Regel singularisch angewandt.
- Der Abkürzung halber spricht man häufig nur von Gesamtrechnung. Hier ist allerdings Vorsicht am Platze, denn inzwischen gibt es u. a. auch eine „Bankstatistische“, eine „Landwirtschaftliche“ und eine „Umweltökonomische“ Gesamtrechnung.
- Das „Sozialprodukt“ ist eigentlich ein genau definiertes Aggregat der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Im Sprachgebrauch steht es aber in einer weiter gefaßten Bedeutung auch für ökonomische Gesamtrechnungsgrößen allgemein. Man spricht auch von Sozialproduktsberechnungen und meint das als Synonym für die VGR.
- Die Begriffe „brutto“ und „netto“ sind in der VGR mehrfach belegt. Zum einen gelten sie der In- bzw. Exclusion der Abschreibungen, zum anderen den Abzugsposten der Umverteilungsrechnung (Brutto- oder Nettoeinkommen). Es gibt einen Brutto- und einen Nettoproduktionswert, und das Wort „Netto-system“ steht im Zusammenhang mit der Behandlung der Umsatzsteuer.

- Von „regionaler“ Gesamtrechnung spricht man, wenn der Darstellungsraum regionalhierarchisch unterhalb der staatlichen Ebene liegt. Natürlich hat auch die staatliche oder „nationale“ Gesamtrechnung einen regionalen Bezug, nämlich den auf das Staatsgebiet.

Der Arbeitskreis VGR der Länder

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für die Bundesländer gibt es schon seit mehr als dreißig Jahren. Solange gibt es auch eine Arbeitsteilung zwischen den statistischen Landesämtern: Jedes Land betreut einen Teilkomplex der VGR und rechnet dann für alle Länder diesen Part durch. Schleswig-Holstein z. B. ist zuständig für die Berechnungen im Sektor Staat. Die Organisation dieser Arbeit und natürlich auch die Rechenmethoden werden im sog. „Arbeitskreis Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der Länder“ abgestimmt. Diesem Arbeitskreis gehören die statistischen Ämter des Bundes und der Länder an, dazu auch ein Vertreter der Städtestatistik. Die wichtigsten Ergebnisse dieser gemeinschaftlichen Arbeit werden als Quellenbände auch veröffentlicht. Darüber hinaus geben die einzelnen Statistischen Landesämter eigene Statistische Berichte heraus. Die meisten von ihnen haben — wie das Statistische Bundesamt mit „Wirtschaft und Statistik“ — Monatszeitschriften, in denen auch die Ergebnisse der VGR in Aufsatzform präsentiert werden.

Prinzip des Arbeitskreises ist, daß die Methode der nationalen VGR — also die des Statistischen Bundesamtes — möglichst weitgehend nachempfunden wird. Gewisse Abstimmungsdifferenzen werden angepaßt, denn die Summe der Länder muß ja das Bundesergebnis ergeben, und das liegt stets auch zuerst vor. Das hat seinen Grund darin, daß in ein solches, in sich konsistentes Ergebnis vor allem auch die Beziehungen zur Außenwelt — Stichwort Zahlungsbilanz und Außenhandel — richtig eingehen müssen. Hier sind die Bundesländer auf den Abstimmrahmen des Bundesergebnisses einfach angewiesen. Und einige Verzweigungen der Berechnung für den Bund gibt es für die Länder nicht. So bieten sie vor allem keinen Nachweis der Transaktionen mit der übrigen Welt, zu der ja z. B. für Schleswig-Holstein auch Hamburg, Niedersachsen usw. gehören. Das Rechnungssystem der Länder ist insofern nicht völlig geschlossen. Auch in der Tiefe der Rechnung — etwa in der wirtschaftlichen Gliederung — können die Länder weniger Daten bereitstellen als der Bund. Eine Kontendarstellung für die Länder fehlt völlig.

Es herrscht hier also ein anderes Prinzip vor als sonst in der amtlichen Statistik: Die Daten werden nicht

— wie etwa bei den Sterbefällen oder den Baugenehmigungen — regionalhierarchisch von unten nach oben zum Bundeswert addiert, sondern in der Sozialproduktsberechnung läuft das genau umgekehrt: Die Bundeszahlen werden auf die Länder „heruntergebrochen“. Das ist wie „bi Herrn Pastor sin Koh“: Es wird restlos aufgeteilt, und jeder bekommt etwas ab. Um das an einem weiteren Bild deutlich zu machen: Die Länder verständigen sich lediglich darüber, welchen Winkel das Tortenstück hat, das jedes von ihnen bekommt. Durchmesser und Höhe der Torte, nämlich der Bundeswert, sind vorgegeben.

Das mag relativ einfach klingen, aber in der Praxis bedeutet auch das hohen Rechenaufwand und methodischen Einfallsreichtum, der — weil die Anforderungen ans Rechenwerk sich ausdehnen, die Datenlage sich laufend verändert und auch die Problemfelder wechseln — durchaus dauerhaft und sogar mit zunehmender Tendenz gefordert ist.

Über „Aufbau und Entwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder“, so der Titel des Aufsatzes, informiert ausführlich E. Schuh in Heft 13 der Gemeinschaftsveröffentlichungen des Arbeitskreises VGR der Länder.

Das Rechen- und Veröffentlichungsprogramm des Statistischen Bundesamtes

Entstehung, Verwendung, Verteilung

Üblicherweise wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die deswegen auch als Dreiseitenrechnung bezeichnet werden, das Sozialprodukt von den drei möglichen Blickwinkeln aus betrachtet: dem seiner Entstehung, dem seiner Verteilung und dem seiner Verwendung. Die dabei benutzten Aggregate und Begriffe werden in den Veröffentlichungen verbal, in mathematischen Gleichungen, in Kontensystemen und in Grafiken dargestellt, so daß der rechnerische Zusammenhang zwischen ihnen deutlich wird.

Das Statistische Bundesamt bietet die Dreiseitenrechnung in Reihe 1 seiner Fachserie 18. Den Ergebnissen (Tabellenteil) steht stets ein Textteil voran, der in Aufsatzform die wichtigsten Ergebnisse präsentiert und außerdem Erläuterungen enthält. Das Statistische Bundesamt hat bisher darauf verzichtet, dort auch seine Berechnungsmethoden offenzulegen. Weil aber nach einer Richtlinie der EG die Beitragszahlungen ihrer Mitgliedstaaten sich u. a. an der Größe des Sozialprodukts orientieren sollen, fordert die EG eine verbindliche, nachvollziehbare Methodendokumentation. Das Statistische Bundesamt wird eine ausführliche Fassung im Spätsommer 1990 vorlegen, eine Kurzfassung gibt es bereits.⁷

Die Fachserie 18 enthält auch die Gliederung der Wirtschaftsbereiche und der Gütergruppen in den Volks-

wirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die Gliederung des privaten Verbrauchs und der Anlageinvestitionen nach Gütergruppen, die Gliederung des privaten Verbrauchs nach Verwendungszwecken und die Gliederung der Ausgaben des Staates nach Aufgabebereichen.

Anlagevermögensrechnung

Die Zahlen der Dreiseitenrechnung sind Strömungsgrößen, d. h. ihre periodische Definition ist ein Zeitraum und kein bestimmter Zeitpunkt. Von Interesse ist aber auch, was eine Volkswirtschaft an ökonomischem Besitzstand hat, so z. B. die Höhe des Kapitalstocks. Die Anlagevermögensrechnung beschränkt sich darauf, das „reproduzierbare“ Anlagevermögen zu ermitteln.

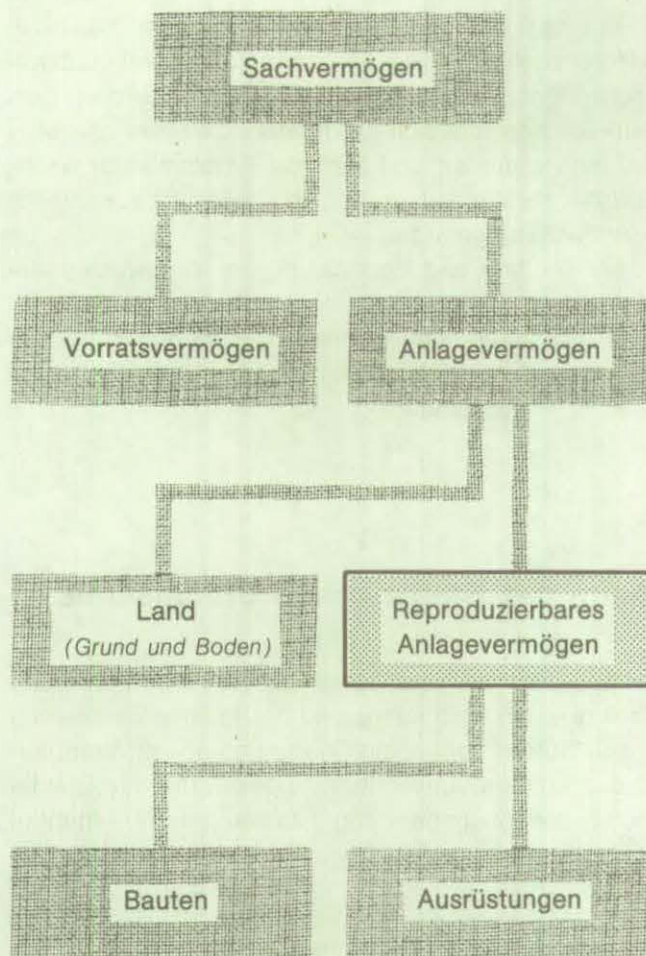
Den Zusammenhang zeigt die Grafik auf der nächsten Seite. Die Anlagevermögensrechnung ist Grundlage der Berechnung der Abschreibungen. Umgekehrt verwendet sie die Daten der Bruttoanlageinvestitionen. Es besteht also ein Kreislaufzusammenhang zur Dreiseitenrechnung. Auch die Ergebnisse der Anlagevermögensrechnung werden in der Reihe 1 der Fachserie 18 veröffentlicht.

Problematik und Methodik der Anlagevermögensrechnung sind in Aufsatzform und dabei auch durch den Blickwinkel der Länderrechnung geschildert in Heft 8/1988 dieser Zeitschrift.

Input-Output-Rechnungen

Input-Output-Rechnungen sollen die Güterverflechtung einer Volkswirtschaft aufzeigen. Anders als bei den

7) Überblick über die Sozialproduktsberechnungen des Statistischen Bundesamtes, Heft 7 der Schriftenreihe Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik, Hrsg.: Statistisches Bundesamt



D 5686 Stat. LA S-H

Marktvorgängen (Käufe und Verkäufe) wird auf Lieferungen und Verbrauch abgestellt. Gegenstand sind die interindustriellen Lieferungen (Vorleistungen und Investition), die Lieferungen an die Endnachfrager Staat und private Haushalte und die Lieferungen aus dem und in das Ausland, ferner die Primäraufwendungen wie Abschreibungen, Löhne und Gehälter usw. Die Ergebnisse dienen nicht nur dazu, die Produktionsverflechtung aufzuzeigen, sondern sind gleichzeitig Kontroll- und Abstimmrahmen für die Dreiseitenrechnung.

In der Bundesrepublik Deutschland wird die Input-Output-Rechnung nach 58 Produktionsbereichen gegliedert. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die Ergebnisse in der Reihe 2 der Fachserie 18.

Bezugszahlen

Sollen die Ergebnisse verschiedener Regionen und/oder verschiedener Wirtschaftszweige miteinander verglichen werden, dann benötigt man Divisoren zur Standardisierung der sonst unterschiedlich großen Aus-

gangswerte. Die Sozialprodukte der Regionen werden deshalb gern pro Kopf der Bevölkerung, die Wertschöpfung der Wirtschaftszweige wird üblicherweise je Erwerbstätigen (Produktivität) nachgewiesen. Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und nach deren Konzepten werden laufend die jahresdurchschnittlichen Zahlen der Erwerbstätigen und der Arbeitnehmer ermittelt. Bis vor kurzem waren die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die in der Bundesrepublik Deutschland einzige Quelle für Zeitreihen aller Erwerbstätigen. Inzwischen, nach der Volkszählung 1987, hat sich die laufende Schätzung der Erwerbstätigkeit als eigenständige Aufgabe etabliert. Die Veröffentlichungen enthalten ferner Angaben zur jahresdurchschnittlichen Wohnbevölkerung.

Weil mit zunehmender Differenzierung der Arbeitszeit — Halbtagsarbeit und geringfügige Beschäftigung — die Kopfzahl der Erwerbstätigen den Faktor Arbeit nur noch unpräzise beschreibt, entwickelt das Statistische Bundesamt zur Zeit die Berechnung des „Arbeitsvolumens“, das auf den geleisteten Arbeitsstunden basiert.

Der iterative Rechengang: vorläufig, endgültig, revidiert

Eine Besonderheit Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen ist, daß sich einmal errechnete Werte im Zeitablauf wieder ändern können, weil die benutzten Statistiken unterschiedlich früh anfallen. Einem späteren Berechnungsstand entspricht also auch eine verbesserte Information. Vorläufige Ergebnisse sind nötig, weil man auf die „endgültigen“ Zahlen nicht warten kann. Das Statistische Bundesamt präsentiert halbjährlich neue Zahlen (sog. Berechnungsstände) und ändert dann meistens auch die jüngsten, noch als „vorläufig“ ausgewiesenen Jahreswerte der Zeitreihe. Die Statistischen Landesämter versuchen, mit einer Änderung, also mit einem Berechnungsstand pro Jahr, auszukommen.

Das jeweils jüngste Jahr am aktuellen Rand der Zeitreihe wird allerdings binnen Jahresfrist dreimal gerechnet (Fortschreibung). Die Statistischen Ämter unterscheiden in ihrem Sprachgebrauch die Fortschreibungen von der Originärberechnung. Die Originärberechnung ist die alle denkbaren Quellen ausschöpfende und — abgesehen von Revision (s. u.) — endgültige Berechnung für ein bestimmtes Jahr. Ihr gehen die drei Fortschreibungen mit jeweils unterschiedlichem Aktualitätsstand voraus.⁸

8) Eine detaillierte Darstellung liefert F. Kohlhuber in Heft 3/1990 der Schriftenreihe „Bayern in Zahlen“.

Darüber hinaus gibt es in größeren Abständen sog. Revisionen der gesamten Zeitreihe, wenn besonders wichtige neue Basisdaten einzuarbeiten sind oder wenn sich das Preisbasisjahr für die Berechnung „in Preisen von ...“ ändert. Die jüngste Revision der Zeitreihe, die schon seit einiger Zeit für das Bundesgebiet bei 1960 und für die Länder bei 1970 beginnt, hatte das Statistische Bundesamt mit dem Berechnungsstand Herbst

1985 vorgelegt. Wichtigster Inhalt war die Einführung des Preisbasisjahres 1980. Eine für 1990/91 vorgesehene Revision ist beim Statistischen Bundesamt und bei den Landesämtern in Arbeit. Dabei steht im Vordergrund der Einbau von Erkenntnissen aus dem Großzählungswerk 1987 (Arbeitsstätten, Gebäude und Wohnungen, Erwerbstätige) und die Umstellung auf das Preisbasisjahr 1985.

Konzeptionale Grundsätze

Beschränkung auf Marktvorgänge

Die VGR ist in erster Linie ein Instrument zur Messung wirtschaftlicher Leistung im Periodenvergleich. Sie bildet ab, was die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital an Gütern und Diensten für den Markt erbracht haben. Daß bestimmte Aktivitäten wie z. B. die Hausfrauenarbeit nicht in das Sozialprodukt eingehen, entspricht zwar insofern der Definition, hat aber gleichwohl zu Kritik an der VGR geführt. Ein weiteres, z. Z. gerade intensiv diskutiertes Manko ist, daß auch die sog. „externen Effekte“ des Wirtschaftens zwar als solche erkannt, aber in der VGR außer Acht und Ansatz gelassen werden. Gemeint sind damit Umweltschäden, Gesundheitsfolgen physischer Arbeitsbeanspruchung und ungesunder Produktions- und Konsumweisen, Gebäudeschäden durch sauren Regen u. a. m. Außerdem enthalte, so die Argumentation, das Sozialprodukt Güter und Dienste, die lediglich Folgeschäden des Wirtschaftens verhindern oder reparieren, insofern also nicht der Bedürfnisbefriedigung der Menschen dienen. Die Gesamtrechner sehen sich — in internationaler Diskussion — der Forderung gegenüber, auch über die kompensatorischen oder Folgekosten des Wirtschaftens eine quantitative Aussage zu treffen. Sie halten dem stets entgegen, daß das Sozialprodukt kein Wohlstands- oder Wohlfahrtsindikator sei.⁹

Allerdings ist die Rechtfertigung der Gesamtrechner, man bilde lediglich Marktvorgänge ab, bereits mit Einschränkungen versehen. Die Leistungen des Staates, die nicht am Markt verkauft werden, also der Staatsverbrauch, werden — weil es eben keinen Marktpreis gibt — kostenseitig bewertet, ebenso die selbsterstellten Anlagen der Unternehmen und der Selbstverbrauch in der Landwirtschaft. Auch im Wohnungswesen gibt

es Leistungen, denen kein Marktvorgang zugrunde liegt (Nutzung der Eigentümerwohnungen).

Eine weitere Besonderheit gilt für das Kreditwesen: Was Banken und Sparkassen als Produktionswert erzielen, ist nicht wie bei den anderen Unternehmen direkt als Umsatz faßbar, sondern besteht insbesondere aus der Differenz zwischen Soll- und Habenzinsen. Dieser Teil des Produktionswertes der Kreditinstitute wird als „unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen“ bezeichnet. Vom Charakter her bedeuten sie für die Kunden der Kreditinstitute — soweit diese Unternehmen sind — Vorleistungen. Daß es sich tatsächlich ausnahmslos um Unternehmen handelt, wird zur Vereinfachung unterstellt. Diese Art Vorleistungen werden aber nur dem Unternehmenssektor als Ganzem zugerechnet. Eine wirtschaftliche Gliederung der Bruttowertschöpfung ist daher nur in ihrer unbereinigten Form möglich, bei der dann auch für die Kreditinstitute mit Hilfe der „unterstellten Entgelte“ Zahlen zu Produktionswert, Vorleistungen und Bruttowertschöpfung nachgewiesen werden, die mit denen der übrigen Wirtschaftsbereiche vergleichbar sind.

Bewertung zu Marktpreisen

Die Beschränkung der VGR auf die Marktvorgänge hat u. a. seinen Grund darin, daß nur so ein Konsens zu erzielen ist, wie die einzelnen Güter und Dienste zu bewerten sind. Es sei bereits hier darauf hingewiesen, daß die Marktpreise auch durch Verbrauchsteuern — z. B. auf Tabak, Kaffee, Tee, Zucker, Spirituosen, Mineralöl usw. — teilweise sogar kräftig aufgebläht sein können. Umgekehrt können sie durch Subventionen verbilligt worden sein. Außer zu Marktpreisen wird das Sozialprodukt deshalb stets auch zu Faktorkosten ermittelt, d. h. unter Herausrechnung der indirekten Steuern und unter Hinzurechnung der Subventionen.

9) Zum Thema der kompensatorischen Kosten des Sozialprodukts siehe auch Heft 10/1989 dieser Zeitschrift.

Die Bewertung zu Marktpreisen wird nicht nur in Preisen der Berichtsperiode („jeweilige“ Preise), sondern auch in Preisen eines einheitlichen Basisjahres durchgeführt. In der VGR des Statistischen Bundesamtes und der Länder ist das zur Zeit noch 1980. Die Bewertung „in konstanten Preisen“ ist sogar die bevorzugte, weil nur so Aussagen über die „reale“ Entwicklung, also das Wirtschaftswachstum, möglich sind.

Institutional - versus Funktionalprinzip

In der amtlichen VGR des Statistischen Bundesamtes werden zwei unterschiedliche statistische Einheiten zugrunde gelegt: In der Sozialproduktsberechnung sind es die Institutionen. In der Input-Output-Rechnung sind es fachlich (funktional) abgegrenzte Einheiten, denn dort steht die Produktionsverflechtung im Vordergrund. Die Ergebnisse von Institutionen werden zu Wirtschaftsbereichen, die von funktional abgegrenzten Einheiten zu Produktionsbereichen zusammengefaßt. Institutionen sind Unternehmen, Staat, private Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte, funktionale Einheiten sind fachliche Unternehmensteile — sie können regional diffundieren — und fachliche Betriebsteile.¹⁰

Im Institutionalkonzept der Sozialproduktsberechnung weicht das Statistische Bundesamt von der SNA-Empfehlung, den Güterkreislauf weitgehend funktional darzustellen, ab, ebenso vom ESG. Der Hauptgrund dafür ist, daß wichtige Statistiken, insbesondere die Kostenstrukturerhebungen, nur bei Unternehmen und nicht bei Betrieben erhebbare sind. Für die regionale VGR ist die Darstellungsebene Unternehmen ungeeignet, sie muß — wo immer es geht — auf den Betrieb, auf die lokale Einheit abstellen.

Das Institutionalkonzept wird aber nicht streng durchgehalten. Es gibt Wirtschaftsbereiche wie die Landwirtschaft und die Wohnungsvermietung, die funktional abgegrenzt sind. Der zum Sektor Unternehmen zählende Wirtschaftsbereich Wohnungsvermietung umfaßt die gewerbliche Wohnungsvermietung, unabhängig davon, ob der wirtschaftliche Schwerpunkt der vermietenden Institutionen im Wohnungswesen oder anderswo liegt. Außerdem gehören dazu die nichtgewerbliche Wohnungsvermietung und — als bereits angedeutetes Beispiel einer nicht marktbestimmten Leistung — die Nutzung von Eigentümerwohnungen. Daß man auch

das Wohnen in den eigenen vier Wänden unter Sozialprodukt subsumiert, mag auf den ersten Blick befremden. Täte man es nicht, hätte man das Paradoxon, daß das Sozialprodukt einer Volkswirtschaft umso höher ist, je größer der Anteil der Mietwohnungen am Wohnungsbestand ist.

Besonderheiten gelten auch für den Staat: Was er an marktbestimmten Aktivitäten veranstaltet, zählt in der entsprechenden Schublade der Wirtschaftszweigsystematik zum Unternehmensbereich. Denn Gesamtergebnisse in ihrer Trennung nach Staat und Unternehmensbereich sollen nicht davon abhängen, ob in einer Volkswirtschaft die Post, die Zentralbank oder das Verkehrswesen staatlich organisiert sind oder privat. Allerdings gibt es hier Grenzbereiche wie die öffentliche Abfallbeseitigung, deren Zuordnung man in der Bundesrepublik z. Z. überdenkt. Die staatlichen Krankenhäuser werden — als Ausnahme von der Ausnahme — der Trägerschaft entsprechend und damit institutional dem Staat zugerechnet.

Unternehmensprinzip der wirtschaftlichen Gliederung

In jedem Unternehmen gibt es Bündel unterschiedlichster Aktivitäten, von reiner Produktions- bis zu dispositiver Managertätigkeit, von Verkaufs- bis zu Fuhrparkaktivitäten, von Schreib- und Bürodiensten bis zu innerbetrieblicher Fortbildung. In den meisten Fällen wird man das Unternehmen dennoch in toto in eine Schublade der Wirtschaftszweigsystematik packen können. Aber es gibt viele Grenzfälle: Handels- und Produktionstätigkeiten können nahezu gleichgewichtig unter einem Dach vorkommen, z. B. beim Schlachter oder Bäcker an der Ecke oder bei den Kfz-Vertragshändlern. Es kann aber auch die Produktpalette, das Handelssortiment oder das Dienstleistungsangebot so heterogen sein, daß eine Zuordnung schwer fällt. Insbesondere aber, wenn die Aktivität des Unternehmens regional diffundiert, ist zu entscheiden, ob die wirtschaftssystematische Zuordnung nach der Tätigkeit der lokalen Einheit (Betrieb) oder der des übergeordneten Unternehmens erfolgen soll. Beide Alternativen machen Sinn: Die Zuordnung nach dem Betrieb erscheint prima vista für Regionalanalysen z. B. des Arbeitsmarktes geeigneter, doch für die Zukunftsaussichten z. B. eines Maschinenbaubetriebes, der zu einem Automobilunternehmen gehört und ihm zuliefert, ist weniger die Entwicklung des Maschinenbaus als vielmehr die des Straßenfahrzeugbaus entscheidend. Entsprechendes gilt für die Eisenbahn-Ausbesserungswerke, für die Verlagsdruckereien oder für Ausbildungseinrichtungen der Unternehmen.

10) Zur vertiefenden Darstellung siehe Münzenmaier, W., Institutionelle und funktionelle Bereiche in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/1985

Die VGR der Bundesrepublik folgt dem Unternehmensprinzip, und die Länder folgen dem Statistischen Bundesamt. Das hat auch praktischen Hintergrund, weil viele Angaben nur auf Unternehmensebene vorliegen und — was die Länder anbetrifft — ein Abweichen vom Unternehmenskonzept bedeutete, daß die Ländersummen je Wirtschaftszweig sonst nicht den Bundeswert ergeben würden. Es soll aber nicht unerwähnt bleiben, daß es am Unternehmensprinzip der Länderrechnung durchaus Kritik gibt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung empfiehlt in seinem Gutachten über „Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Bundesrepublik Deutschland“ (Beiträge zur Strukturforchung, Heft 105/1988, Berlin) den Übergang auf das Betriebskonzept.

Inlands - versus Inländerkonzept

Jedes statistische Ergebnis muß nach der Sache, nach dem Raum und nach der Zeit bestimmbar sein. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen liefern Ergebnisse in Geldwertdimension je Zeiteinheit. Der regionale Bezug orientierte sich früher an den geografisch vorgegebenen Grenzen dessen, was als Wortbestandteil in die Terminologie der Gesamtrechnungen eingegangen ist („Volkseinkommen“, „Sozialprodukt“) und sich auch im Begriff „Nationalökonomie“ niedergeschlagen hat. Der räumliche Bezug der VGR-Darstellungseinheiten ist auch heute noch in erster Linie durch Staatsgrenzen bestimmt. Mehr und mehr werden aber Gesamtrechnungen auch für Regionen unterhalb der Staatsebene erstellt, die also mit einem Teil der „übrigen Welt“ — nämlich mit den anderen Regionen des Staates — gemeinsame Rechts-, Wirtschafts-, Finanz- und Währungsbedingungen haben. Der Unterschied zwischen Inlands- und Inländerkonzept, der im folgenden geschildert werden soll, ist zwar auch für nationale Gesamtrechnungen relevant, aber in den regionalen Gesamtrechnungen schlägt er sich quantitativ sehr viel stärker nieder.

Das volkswirtschaftliche Gesamtprodukt kann zweierlei sein, nämlich entweder ein Inlands- oder ein Inländerprodukt, wobei man das Inländerprodukt in der Regel als Sozialprodukt bezeichnet. „Inländer“ sind die Wirtschaftssubjekte (Haushalte, Unternehmen, Betriebe, Gebietskörperschaften) mit ständigem (Wohn-)Sitz in der Region. Das Sozialprodukt stellt einen Niederschlag der wirtschaftlichen Betätigung dieser „Inländer“ dar, eine Betätigung, die sie auch in der „übrigen Welt“, z. B. als Einkommensbezieher (Berufspendler) und/oder als Kapitalbesitzer (z. B. Aktiengebietsfremder Unternehmen), ausüben können. Das In-

landsprodukt mißt dagegen die wirtschaftliche Aktivität der Region selbst. An seiner Erstellung nehmen auch Gebietsfremde (z. B. Einpendler) teil. Die Eigenschaft „gebietsfremd“ hat nichts mit der Staatsangehörigkeit zu tun. Ob jemand Inländer ist, richtet sich — von Ausnahmen für Botschaften usw. einmal abgesehen — allein nach dem Wohnsitz.

Im allgemeinen Sprachgebrauch ist eher das Sozial als das Inlandsprodukt geläufig. Unter Voranstellung des Bestimmungswertes „Brutto...“ wird es häufig als „umfassendster“ Indikator der wirtschaftlichen Leistung bezeichnet. Dies soll nicht heißen, daß von den verschiedenen Aggregaten der Gesamtrechnung allein das Bruttoinlandsprodukt das Attribut verdiene, die wirtschaftlichen Vorgänge vollständig zu enthalten. Es ist damit lediglich gemeint, daß — mit Ausnahme des Bruttoinlandsprodukts — alle anderen Aggregate (z. B. das Volkseinkommen) kleiner sind und zum Teil auch subtraktiv aus dem Bruttoinlandsprodukt abgeleitet werden. Das Bruttoinlandsprodukt kann — je nach der Außenverflechtung der Produktionsfaktoren — größer oder kleiner sein als das Bruttoinlandsprodukt.

Den Begriff „Sozialprodukt“ als volkswirtschaftliche Gesamtgröße gibt es weder im SNA noch im ESVG. Im ESVG gibt es nur einen Hinweis darauf, wie man vom Inlandsaufs Sozialprodukt umrechnen kann. International gängige Größe ist das Gross Domestic Product (GDP), also das Inlandsprodukt. In den Presseveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes wird eher das „Sozialprodukt“ herausgestellt, weil so — als dessen Komponenten — die konjunkturell besonders interessanten Verwendungsaggregate Konsum, Investition und Außenbeitrag nachgewiesen werden können. Zentrale und wichtigste Größe der Länderrechnung ist dagegen das Bruttoinlandsprodukt, wie sein wichtigster Bestandteil — die Wertschöpfung — eine Größe des Inlandskonzepts. Zur Bedeutung und Darstellung der Wertschöpfung, so der Titel des Aufsatzes, siehe auch W. Münzenmaier in Heft 11/1987 der Monatszeitschrift „Hamburg in Zahlen“ (Nachdruck).

Eigentümerkonzept der Investorengliederung

Nicht immer ist der Eigentümer einer Produktionsanlage oder eines Betriebsgebäudes auch derjenige, der es tatsächlich physisch nutzt. Der Wirtschaftszweig, dessen Merkmal es nachgerade ist, Anlagegüter zu kaufen und dann gegen einen Preis zur Nutzung abzugeben (Leasing), gehört zu den wachsenden. Eine Gesamtrechnung, die den Vorgang der Bildung und

des Verschleißes von Kapital (Investitionen und Abschreibungen) auch nach Wirtschaftszweigen differenzieren will, muß entscheiden, ob sie die Investitionen dem Wirtschaftszweig des Eigentümers oder dem des Nutzers zuordnen will. Auch hier ist für beide Alternativen eine Fragestellung denkbar, für die eine Antwort gefunden werden soll. Kreislauf-/buchungstechnische Überlegungen dürften wohl den Ausschlag gegeben haben, daß man sich für das Eigentümerkonzept entschieden hat. Das ist zu beachten, wenn man mit der Berechnung von Kapitalintensitäten, -produktivitäten usw. für bestimmte Wirtschaftszweige nicht in die Irre gehen will. Zwangsläufige Folge des Eigentümerkonzepts ist natürlich, daß nicht nur die wirtschaftssystematische, sondern auch die regionale Zuordnung sich am Investor (Eigentümer) orientiert.

Behandlung langlebiger Konsumgüter

Nicht alles, was die privaten Haushalte kaufen, ist zum alsbaldigen Verzehr oder Konsum gedacht. Trotzdem

geht die Gesamtrechnung fiktiv davon aus, daß die Güter, die die privaten Haushalte kaufen, sofort und völlig konsumiert werden. Der Hauptgrund dafür ist, daß das Fahrrad, der Kühlschrank und auch das Auto im Wirtschaftskreislauf — wenn sie erst einmal angeschafft sind — allenfalls als Objekt von Energieverbrauch oder Reparaturen in Erscheinung treten, also keine Produktionsmittel sind. Die Käufe von Wohnungen durch private Haushalte gelten als unternehmerische Tätigkeit und werden in den Unternehmenssektor einbezogen (Bereich Wohnungsvermietung). Investieren können per definitionem nur die Unternehmen und der Staat. Auch die Investitionen der Organisationen ohne Erwerbszweck, also z. B. die Kirchenbauten, werden im Unternehmenssektor mit nachgewiesen, weil Kirchen, Parteien, Gewerkschaften usw. sonst üblicherweise mit den privaten Haushalten zusammengefaßt werden.

Als langlebige Konsumgüter (hier allerdings Konsum des Staates) und als solche ohne Rechnungsabgrenzung voll der Berichtsperiode zugeordnet werden auch Rüstungskäufe und militärische Güter.

Die Rechnungen auf Länderebene

Das Primat der Bundesrechnung

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen gibt es außer für die Bundesrepublik Deutschland auch für die Bundesländer und in Ansätzen sogar für Kreise und für Arbeitsmarktreionen. Dabei herrscht das Prinzip vor, daß die Summe der Teilregionen gleich dem Wert der Gesamtregion sein muß. Dies klingt zwar selbstverständlich, ist es aber nicht, wenn man bedenkt, daß unterschiedliche regionale Ebenen auch unterschiedliche Datenquellen und damit Abstimmungsmechanismen erfordern, die die Ergebnisse der Teilregionen dem regional übergeordneten Wert anpassen.

Bei Regionen unterhalb der Staatsebene sind die Außenbeziehungen, die in der VGR besondere und wichtige Meßgrößen sind, in der Regel schwer zu quantifizieren, weil Zollschranken und Währungsgrenzen und damit auch entsprechende Statistiken fehlen. Hinzu kommt, daß viele Daten in der nötigen Tiefe der sachlichen Gliederung nur für das Staatsgebiet vorliegen, bei uns also für die Bundesrepublik.

Man geht davon aus, daß die VGR-Ergebnisse für das Bundesgebiet wesentlich weniger fehleranfällig sind, als sie es aus den genannten Gründen für Teilregionen wären. Die für die Länder nach z. T. anderen Methoden gewonnenen Daten dienen auch dazu, die Ländersumme auf den Bundeswert abzustimmen. Selbstverständlich weicht man methodisch von der Bundesberechnung nur ab, wenn die Datenquellen es erfordern. Dieses Verfahren der „Koordinierung“ der Länderwerte bedeutet, daß Länderzahlen den Bundeswerten stets „hinterherhinken“. Für Kreisergebnisse gilt entsprechendes: Sie müssen auf die Landeswerte abgestimmt werden.

Im Mittelpunkt der Regionalberechnung steht die Wertschöpfung, eine Größe des Inlandskonzepts. Eine originäre Berechnung der Wertschöpfung auf dem üblichen Weg über Produktionswert und Vorleitungen wird für die Bundesländer noch durchgeführt, ist aber wegen unzureichender Materialgrundlagen für kleinere Räume nicht möglich. Auf die Problematik der multiregionalen Unternehmen wurde bereits hingewiesen.

Hinzu kommt, daß bestimmte Landesdaten nur durch Stichproben ermittelt werden, deren Auswahlatz jedoch keine ausreichende Repräsentanz für Kreise sicherstellt. Einige der für die VGR wichtigsten Statistiken, die Kostenstrukturerhebungen, sind Stichproben, deren Auswahlatz so gering ist, daß Länderergebnisse nicht anfallen. Bei anderen Statistiken, für die regionale Ergebnisse vorliegen, fehlt wegen zu geringer Fallzahlen oft die erforderliche sachliche Gliederung.

Die Arbeitsteilung

Daß sich die Statistischen Landesämter das Arbeitsgebiet der VGR aufteilen, sich spezialisieren und damit einen großen Teil der Daten für ihr Land nicht selbst errechnen, heißt nicht, daß sie sich damit der Verantwortung für die Qualität der Rechnung entziehen. Die Ergebnisse sind gemeinschaftliches Produkt des Arbeitskreises VGR der Länder, sie werden gemeinsam von allen Mitgliedern des Arbeitskreises vertreten. Methodenvorschläge können auch von einem anderen als dem für den betroffenen „Koordinierungsbereich“ zuständigen Arbeitskreismitglied gemacht werden. Die letztlich anzuwendende Methode wird vom gesamten Arbeitskreis beschlossen. Der Gedankenaustausch darüber erfolgt weitgehend schriftlich, aber auch auf den Tagungen des Arbeitskreises, die in der Regel halbjährlich stattfinden.

Die Ergebnisse für die einzelnen Koordinierungsbereiche werden von den Koordinierungsländern an die Arbeitskreismitglieder zur Überprüfung geschickt. Gibt es keine Einwände, werden sie zur Benutzung „freigegeben“. Die Zusammenführung zu den Gesamtrechnungsaggregaten erfolgt im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg. Dort liegt auch die „Federführung“ des Arbeitskreises.

Die Inhalte

Das Schwergewicht der Bemühungen der Länderrechnung lag stets auf der Ermittlung der Bruttowertschöpfung und des Bruttoinlandsprodukts. Die Aggregate der Verwendungsrechnung können nicht so früh ermittelt werden, daß sie als Konjunkturindikatoren für die Länder brauchbar wären. In der Verteilungsrechnung gibt es Bemühungen, auch Kreisergebnisse vorlegen zu können. Ein weiterer Ausbau der Dreiseitenrechnung ist derzeit nicht vorgesehen. Die Grafik schildert die wichtigsten nachgewiesenen Aggregate der Dreiseitenrechnung für die Länder. Weil bei weitem nicht alle Da-

ten der Dreiseitenrechnung von den Ländern geboten werden können, fehlt auch die Möglichkeit, die Technik des Kontensystems für Rechnung, Kontrolle und Darstellung zu nutzen. Alle Ergebnisse der Länderrechnung entstehen als statistische Tabelle.

Seit einigen Jahren bietet der Arbeitskreis in seinem laufenden jährlichen Programm auch Zahlen zum Anlagevermögen der Bundesländer. Eine Input-Output-Rechnung gibt es bisher nur für Baden-Württemberg.

Als Bezugswerte bietet der Arbeitskreis Einwohner, Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer, also diejenigen Werte, die auch das Statistische Bundesamt veröffentlicht. Die Erwerbstätigenrechnung wird derzeit auf eine neue methodische Grundlage gestellt. Daß sie sich von der VGR löst und verselbständigt, gilt auch für die Statistischen Landesämter.

Freigabe, Veröffentlichungstiefe

Die Ergebnisse, die der Arbeitskreis produziert, werden sehr viel tiefer gerechnet, als sie dem Konsumenten zur Verfügung gestellt werden können. Das hat seine Gründe darin, daß statistische Einzeldaten der Geheimhaltung unterliegen und vor allem darin, daß viele Wirtschaftszweige nur schwach besetzt und die Ergebnisse deshalb als nicht gesichert angesehen werden können. Schwächen in der Datenbasis können auch — wie bei den Dienstleistungsbereichen — aus einem Mangel an primärstatistischen Daten herrühren.

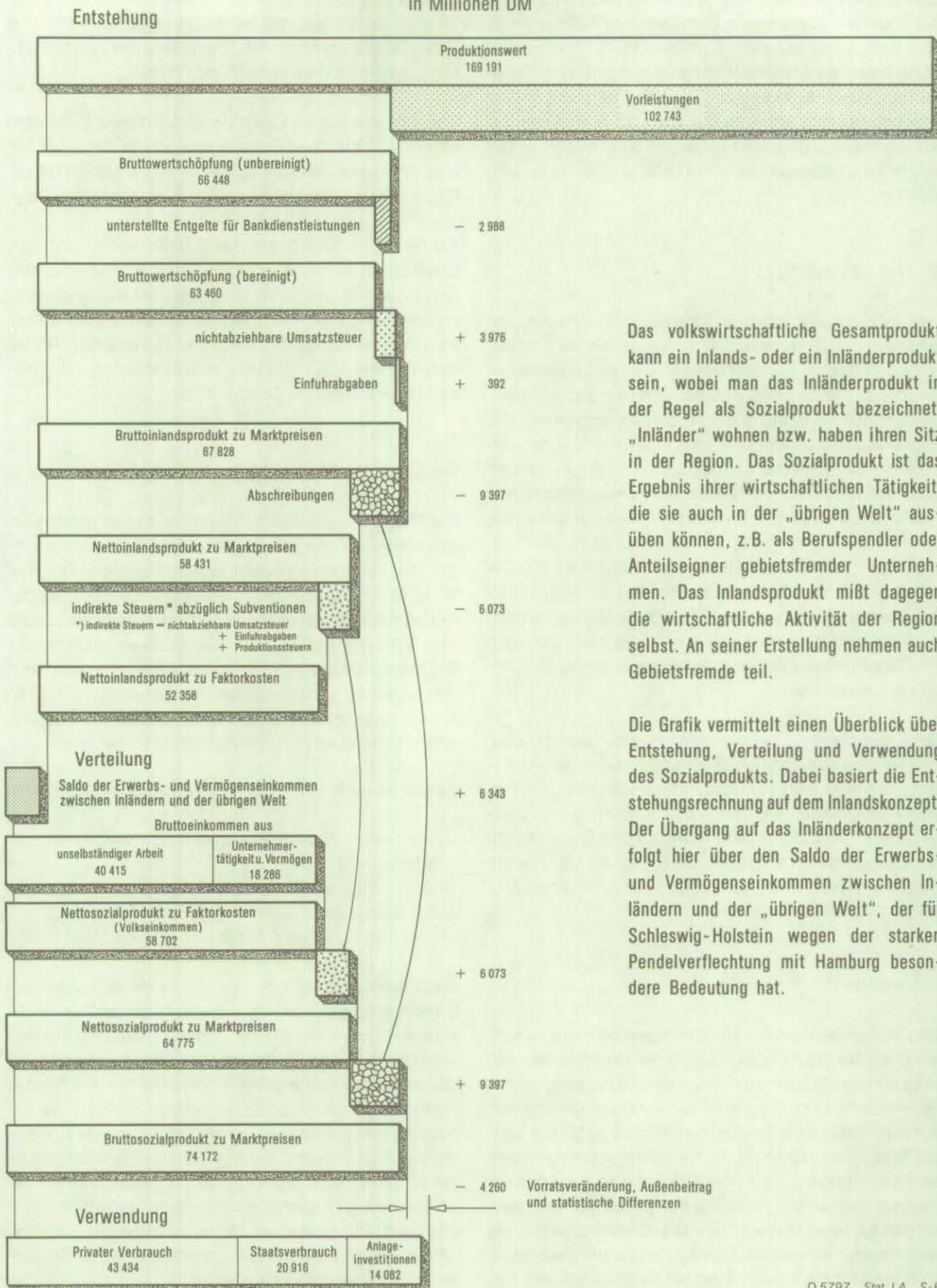
Es gibt deshalb vier Stufen der Ergebnispräsentation:

- vom Arbeitskreis gemeinschaftlich veröffentlichte Werte
- darüber hinaus allgemein freigegebene Werte
- für das „eigene Land“ freigegebene Werte
- nicht freigegebene Zahlen.

Die Arbeitskreismitglieder können, wenn es sich um allgemein freigegebene Werte handelt, den Zahlen für ihr eigenes Land auch die der anderen Länder beifügen, wenn sie sie veröffentlichen oder einem anfragenden Konsumenten weitergeben wollen. Bei den nur für das eigene Land freigegebenen Werten müssen die Arbeitskreismitglieder entscheiden, ob sie sie auf Anfrage weitergeben oder gar veröffentlichen wollen. So gibt es valide Zahlen z. B. über den Schiffbau natürlich eher in Schleswig-Holstein als in Rheinland-Pfalz. Vergleichszahlen für andere Länder können bei Freigabe für das eigene Land nur mit Zustimmung dieser Arbeitskreismitglieder geboten werden.

Sozialprodukt in Schleswig-Holstein 1986

in Millionen DM



Das volkswirtschaftliche Gesamtprodukt kann ein Inlands- oder ein Inländerprodukt sein, wobei man das Inländerprodukt in der Regel als Sozialprodukt bezeichnet. „Inländer“ wohnen bzw. haben ihren Sitz in der Region. Das Sozialprodukt ist das Ergebnis ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit, die sie auch in der „übrigen Welt“ ausüben können, z.B. als Berufspendler oder Anteilseigner gebietsfremder Unternehmen. Das Inlandsprodukt mißt dagegen die wirtschaftliche Aktivität der Region selbst. An seiner Erstellung nehmen auch Gebietsfremde teil.

Die Grafik vermittelt einen Überblick über Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts. Dabei basiert die Entstehungsrechnung auf dem Inlandskonzept. Der Übergang auf das Inländerkonzept erfolgt hier über den Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der „übrigen Welt“, der für Schleswig-Holstein wegen der starken Pendelverflechtung mit Hamburg besondere Bedeutung hat.

D 5797 Stat. LA S-H

Die Freigabe wird vom Arbeitskreis gemeinschaftlich geregelt.

Sie wird jahrgangs- und aggregatweise vom Vorsitzenden des Arbeitskreises schriftlich erteilt.

Rechnungen unterhalb der Länderebene

Kreisberechnungen

Für Fragen der regionalen Wirtschaftspolitik reichen die Angaben für Bundesländer nicht immer aus. Deshalb gibt es schon seit den fünfziger Jahren Berechnungen für Kreise und kreisfreie Städte.

Kreisergebnisse werden für die meisten Bundesländer nur für jedes zweite Jahr berechnet. Sie liegen frühestens eineinhalb bis zwei Jahre nach Ende des Berichtsjahres vor. Diese Frist zwischen Berichts- und Berechnungsjahr erscheint relativ lang. Wegen des besonderen Rechenverfahrens läßt sich der Zeitraum aber nicht abkürzen. Er ist sogar nur mit dem Nachteil zunächst vorläufiger Ergebnisse einzuhalten.

Die Landeswerte der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche werden in tiefer wirtschaftlicher Gliederung auf die Kreise geschlüsselt. Bei diesem Rechenverfahren wird unterstellt, daß Schlüsselgröße und Wertschöpfung in den über 100 Rechenbereichen in einem festen Verhältnis zueinander stehen. Daher ist die Auswahl der geeigneten Schlüsselwerte mitentscheidend für die Qualität der Kreisergebnisse. Die tiefe Aufgliederung der Wirtschaftsbereiche bietet Gewähr dafür, daß die strukturellen Besonderheiten der Kreise berücksichtigt werden und die Rechenbereiche in sich einigermaßen homogen sind.

Die Kreisergebnisse der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen werden zu vier Wirtschaftsbereichen zusammengefaßt. Diese verhältnismäßig hohe Aggregationsstufe wurde gewählt, um die Auswirkung unvermeidbarer Ungenauigkeit durch Methode, Ausgangsmaterial und Rechengang möglichst gering zu halten. Dennoch sollte bei der Auswertung der Berechnungen beachtet werden, daß die verwendeten Daten aus einer Vielzahl von Erhebungen stammen, die in sachlicher und systematischer Hinsicht oft nicht vergleichbar und nicht in erster Linie auf die Anforderungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abgestimmt sind. Der Unsicherheitsbereich ist besonders bei der Interpretation der absoluten Höhe der Bruttowertschöpfung

zu beachten, während mögliche Fehler bei der Betrachtung von Veränderungsdaten, Anteilswerten und Relationen der Kreise zueinander an Bedeutung verlieren, sofern in den Vergleichsjahren unveränderte Methoden und vergleichbares Datenmaterial verwendet wurden.

Die zu Marktpreisen bewertete ökonomische Leistung einer Region enthält definitionsgemäß auch die Verbrauchsteuern. Diese Steuern werden am Ort der Produktion erhoben, und dies kann den Leistungsvergleich gerade kleinerer Regionen erheblich stören. Deshalb ist erstmals für 1980 auch die Wertschöpfung zu Faktorkosten für Kreise errechnet worden. Von der unbereinigten Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen werden Produktionssteuern abgezogen und Subventionen hinzuaddiert, so daß sich die unbereinigte Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ergibt, die zum Regionalvergleich wirtschaftlicher Leistungskraft besser geeignet ist. Um der größeren Datenunsicherheit Rechnung zu tragen, wird die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten allerdings nur insgesamt und nicht nach Wirtschaftsbereichen veröffentlicht.

Selbst wenn man nicht die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen, sondern die zu Faktorkosten für regionale Leistungsvergleiche verwendet, muß man bedenken, daß es sich hier um die in einer Region von den dort ansässigen Wirtschaftseinheiten produzierten Güter und Dienste handelt. Dieser Wert sagt nichts über die Einkommensverhältnisse der Einwohner dieser Region aus. Hierfür könnte nur das nach dem Inländerkonzept gewonnene Volkseinkommen, das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten, herangezogen werden. Diese Größe läßt sich aber für Kreise kaum berechnen, da sich der Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen den Einwohnern eines Kreises (Inländern) und der übrigen Welt nur schätzen läßt. Darüber hinaus müßten noch die Abschreibungen kreisweise errechnet werden, um vom Bruttowert zum Nettowert zu Faktorkosten zu kommen. Im Augenblick ist es noch nicht möglich, Abschreibungen, d. h. die durch den Produktionsprozeß bedingten Wertminderungen der Produktionsanlagen und den Bereinigungsposten der

unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen kreisweise zu berechnen.¹¹

Bei der Berechnung der Ergebnisse unterhalb der Länderebene gibt es die Arbeitsteilung nach Koordinierungsbereichen nicht. Hier rechnet jedes Land alle Werte selbst, allerdings auch das nach vereinbarter, einheitlicher Methode.

Arbeitsmarktregionen

Neben den Berechnungen für Länder und Kreise werden auch andere Regionalabgrenzungen gewünscht und z. B. zur Neuabgrenzung der regionalen Wirtschaftsförderung auf Anforderung auch bereitgestellt. Denn keineswegs immer sind Verwaltungseinheiten wie Bundesländer oder Kreise auch ökonomisch homogen.

Soweit die „nichtadministrativen Gebietseinheiten“ kreisgrenzendeckend sind, können die Daten aus der

Kreisberechnung gewonnen werden. Gehen die Gebietsgrenzen durch Kreise hindurch, dann muß — mit nahezu derselben Methode wie bei der Kreisberechnung — dafür ein eigener Rechenvorgang durchgeführt werden. Mindestvoraussetzung ist, daß in der regionalen Abgrenzung nicht auch Gemeindegrenzen verlassen werden.

EG-Sonderrechnungen

Auch die Datenwünsche der Europäischen Gemeinschaft richten sich auf Gebietsdarstellungen unterhalb der nationalen und teilweise sogar unterhalb der Bundesländer-Ebene. Der Arbeitskreis VGR der Länder liefert z. B. seit Jahren Ergebnisse eines regionalisierten Staatskontos — Einnahmen und Ausgaben der lokalen Gebietskörperschaften — nach Ländern und nach Regierungsbezirken. Hier stehen weitere Datenwünsche des SAEG bereits im Raum.

Konzeptionale Fragen der Regionalzuordnung

Multiregionale Aktivitäten

Darauf, daß Unternehmen regional diffundieren können, wurde bereits hingewiesen. Die Probleme, die wirtschaftliche Leistung eines Zweigbetriebes zu messen, sind vielfältig. Einigermaßen unproblematisch zuzuordnen sind nur die Löhne und Gehälter und die Investitionen. Bei Produktionswert und Vorleistungen können unternehmensinterne Lieferungen Meßprobleme aufwerfen. Besonders deutlich wird das an den örtlich getrennten Hauptverwaltungen: Sie erbringen ein Funktionsbündel dispositiver und sonstwie den Gemeinkosten zuzuordnender Leistungen für das ganze Unternehmen, ohne selbst etwas zu produzieren, auszuliefern oder zu verkaufen.

Den Mehrländerunternehmen galt deshalb seit jeher ein besonderes Augenmerk der Arbeiten im Arbeitskreis VGR der Länder. Die Lösung geht stets von den Daten fürs Unternehmen aus, sie werden nach unterschiedlichen Kriterien — hier ist eine Änderung der

Methode in Vorbereitung — auf die Betriebe „verteilt“. Über die Regionalisierung der Wertschöpfung wird in der Entstehungsrechnung dabei implizit auch das betriebswirtschaftliche Ergebnis, der Unternehmensgewinn, auf die Betriebe des Unternehmens verteilt.

Was den Gewinn anbetrifft, ist in der Verteilungsrechnung aber die Fragestellung eine andere: An wen fließt der ausgeschüttete Gewinn, und welcher Region steht der unverteilte Gewinn zu. Die ausgeschütteten Gewinne zählen unstrittig dorthin, wo der Empfänger wohnt oder das empfangende Unternehmen seinen Sitz hat. Bei den nichtausgeschütteten Gewinnen bleibt eigentlich nur, sie der Region des Unternehmenssitzes zuzuordnen, auch wenn dieser Gewinn zum möglicherweise sogar größten Teil anderswo erwirtschaftet worden ist.

Wie im Unternehmenssektor gibt es auch beim Staat länderübergreifende wirtschaftliche Verflechtungen, insbesondere bei den Dienstleistungen der zentralstaatlichen Ebenen Bund und Sozialversicherung. In der Entstehungsrechnung richtet sich die Zuordnung unstrittig nach dem Sitz der leistenden Dienststelle: Zur

11) Nähere Ausführungen dazu siehe Heft 3/1990 dieser Zeitschrift

Wertschöpfung in Schleswig-Holstein zählt z. B. diejenige der Bundeswehr-Kasernen in Neumünster, des Kraftfahrzeugbundesamtes in Flensburg und der Geschäftsstelle Kiel der Barmer Ersatzkasse (Sozialversicherung). Strittig ist hier die Behandlung in der Verwendungsrechnung: Welcher Region wird der Produktionswert z. B. der Bundeswehr als Staatsverbrauch „angelastet“? Hier gibt es nur die Möglichkeit, ebenfalls nach dem Ort der Erbringung dieser Leistung zu gehen (derzeitige Methoden des Arbeitskreises VGR der Länder) oder eine Pauschalverteilung z. B. nach der Wohnbevölkerung vorzunehmen (zukünftige Methode).

Bei den staatlichen Ebenen Land und Gemeinden stellt sich das Problem nicht, weil man — von Ausnahmen der Freizeit- und Bildungseinrichtungen abgesehen — davon ausgehen kann, daß die Leistungen der Dienststellen des Landes und der Kommunen kaum von Gebietsfremden genutzt werden.

Auf die Probleme der Regionalisierung des Staatsverbrauchs wird detailliert eingegangen in Heft 2/1986 dieser Zeitschrift.

Transregionale Aktivitäten

Es gibt wirtschaftliche Tätigkeiten, deren Inhalt es nachgerade ist, Räume zu überwinden. Dazu zählen vor allem diejenigen des Verkehrswesens und der Post, aber auch der Transport in Rohrleitungen (pipelines). Hier bleibt kaum eine andere Möglichkeit, als nach Arbeitsstätten, von denen aus die Aktivitäten erfolgen, zu re-

gionalisieren. Denkbar wäre bei der Bahn z. B. auch eine Aufteilung der Wertschöpfung nach der Schienenwegstrecke. Dagegen aber spricht, daß die Strecken unterschiedlich frequentiert werden und daß es auch bei der Bahn Hauptverwaltungen (Direktionen) gibt, deren Regionen sonst zu kurz kämen.

Extraregionale Aktivitäten

Internationaler Vereinbarung entsprechend zählen zu den Inländern einer Volkswirtschaft auch diplomatische und konsularische Vertretungen sowie ausländische Streitkräfte. Geht man von der Prämisse aus, daß die VGR-Regionalergebnisse in ihrer Summe dem Ergebnis für die gesamte Region gleich sein müssen, dann stellt sich die Frage, ob die extraregionalen Aktivitäten der Region des Regierungssitzes oder allen Regionen gemeinsam — nach einem pauschalen Schlüssel — zugeordnet werden sollen. In der Bundesrepublik Deutschland beschränkt sich das Problem auf den Auswärtigen Dienst. Dessen Daten werden nach Maßgabe der sonstigen Anteile am Bereich Bund (Zivil) auf die Bundesländer „verteilt“.

Von inländischen Wirtschaftseinheiten ausgerüstete und betriebene Schiffe, Flugzeuge, Bohrinseln usw. gelten als inländische Produktionsstätten, unabhängig von den Eigentumsverhältnissen. Bei den Verkehrsmitteln bietet sich an, nach Maßgabe der entsprechenden Arbeitsstätten zu regionalisieren. Die off-shore-Betriebe schlägt man wohl unstrittig jener Region zu, von der aus sie landseitig versorgt werden.

Die regionale Inzidenz von Zöllen, indirekten Steuern und Subventionen

Die Zeitreihen der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weisen manchmal Veränderungen auf, die mit der ökonomischen Leistung oder Situation der Region nichts zu tun haben. Gemeint sind Veränderungen im Wert der marktlichen Güter und Dienste, die durch Einfuhrabgaben, Besteuerung oder Subvention zustande kommen. So werden am Ort des Eintritts der importierten Güter in den volkswirtschaftlichen Kreislauf Zölle und am Ort bestimmter Produktionen Verbrauchsteuern erhoben; der Warenwert erhöht sich entsprechend, ohne daß Arbeit oder Kapital zusätzlich

tätig geworden ist. Die an die Finanzverwaltung zu entrichtenden Abgaben werden über den Preis an die Weiterverarbeiter oder Endabnehmer weitergewälzt. Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen der Region ist um die Zölle und Verbrauchsteuern „aufgebläht“, erst bei der Berechnung zu Faktorkosten verschwinden diese — betriebswirtschaftlich gesehen — eigentlich nur „durchlaufenden Posten“.

Soweit nun die Preisüberwälzung über die Grenzen der Region hinweg verläuft, gelangen die administrativ ver-

teuerten Produkte auch in den Kreislauf anderer Regionen. Weil sie dort aber bereits zu den Vorleistungen rechnen, bleibt die Wertschöpfung von den „importierten“ Verbrauchsteuern und Zöllen unberührt. Erst in der Güterverwendung tritt die regionale Preisüberwälzung in Erscheinung: Der Münchener Raucher zahlt für seine Zigarette einen Preis, der Tabaksteuer enthält, die z. B. ein schleswig-holsteinischer Produzent an den Fiskus abgeführt hat. Diese Tabaksteuer hat in Schleswig-Holstein das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen und in Bayern den privaten Verbrauch erhöht. In Schleswig-Holstein steckt sie als Teil des — allerdings nicht nachgewiesenen — Exportwertes auch im Bruttosozialprodukt. In Bayern dagegen steht dem um die Tabaksteuer höheren privaten Verbrauch ein entsprechender Importwert gegenüber, das bayerische Bruttosozialprodukt insgesamt bleibt von dem Tabaksteuereffekt unberührt.

Man kann sich also theoretisch einen Zoll- und Verbrauchsteuersaldo für eine Region vorstellen, der die Differenz darstellt zwischen den in der Region erhobenen und den im Überwälzungsprozeß in der Region „hängengebliebenen“ Beträgen. Einen positiven Saldo haben normalerweise die Regionen, in denen Seehäfen liegen und/oder in denen überproportional verbrauchsteuerhaltige Produktion stattfindet. Würde die Länderrechnung einen Außenbeitrag berechnen und nachweisen, dann wäre dieser theoretische Saldo ein Teil von ihm.

Entsprechendes gilt für die „nichtabziehbare Umsatzsteuer“, die allerdings nicht Bestandteil der Wertschöpfung ist, sondern nur beim Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen eine additive Komponente darstellt.

Bei den Subventionen ist die Blickrichtung entgegengesetzt: Der Staat ist nicht Empfänger, sondern Zahler. Im Rahmen seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik gewährt er Zuschüsse an Unternehmen für laufende Produktionszwecke zur Beeinflussung des Marktpreises oder zur Stützung von Produktion und Einkommen. Die Zuordnung der Subvention auf Wirtschaftsbereiche richtet sich nach dem Tätigkeitsbereich des Empfängers, der oft mit dem letztlich Begünstigten nicht identisch ist. So kommen z. B. Subventionen des Wohnungswesens in der VGR dem Wohnungsunternehmen zugute, obwohl dessen Mieter die eigentlichen Nutznießer sein sollen. Dieses Prinzip ist Präjudiz für die Regionalisierung: Im Beispiel der Wohnungsvermietung ist nicht mehr von Belang, wie sich der Wohnungsbestand des Unternehmens regional verteilt, sondern nur, wo dieses Wohnungsunternehmen seinen Sitz hat.

Der Begriff Inzidenz, der in der Überschrift zu diesem Kapitel gewählt wurde, stammt aus der Steuerlehre und beschreibt die Überwälzungsproblematik: wer zahlt, wer „trägt“ die Steuer.

Datenmäßige Schwachstellen der Länderrechnung

Vorleistungsquoten

Die Gesamtrechnung der Länder geht — mit Ausnahme der Bereiche Staat und Organisationen ohne Erwerbszweck — so vor, daß zunächst die Produktionswerte der Wirtschaftsbereiche ermittelt werden. Hier von werden die Vorleistungen abgezogen. Was aber ein Unternehmen an Vorleistungen hat, ist selbst in sehr tiefer wirtschaftlicher Gliederung nicht homogen. Eine laufende regional tiefe Berichterstattung, die die Vorleistungen der Unternehmen und Betriebe zum Inhalt hat, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland nicht. Auf die stichprobentheoretischen Grenzen der Kostenstrukturhebungen ist bereits hingewiesen worden. Die Länderrechnung mußte bisher von der Fiktion bundeseinheitlicher Vorleistungsquoten ausgehen. In der

bevorstehenden Revision der Länderrechnung wird es hier allerdings zu einer wesentlichen Verbesserung kommen: Für diejenigen Unternehmen des produzierenden Gewerbes, die der Stichprobe der Kostenstrukturhebung angehören, werden die Werte direkt oder — soweit es Mehrländerunternehmen sind — nach einem besonderen Verteilungsverfahren auf die Betriebe übernommen. Nur für den Rest der Unternehmen gilt weiterhin die Annahme bundeseinheitlicher Vorleistungsquoten.

Fehlende Betriebsangaben

Die Behandlung der Mehrländerunternehmen ist ein schwieriges statistisches Problem, aber in manchen Bereichen sind sie als solche noch nicht einmal iden-

tifizierbar. Im wachsenden Bereich der unternehmerischen Dienstleistungen ist oft die Umsatzsteuerstatistik die einzige Datenquelle. Weil bei der Umsatzbesteuerung das Unternehmen und nicht der Betrieb steuerpflichtig ist, fallen die Daten auch nur für die Unternehmen an. Die Filialisierung ist in den Dienstleistungen im engeren Sinne allerdings nicht so ausgeprägt wie im produzierenden Gewerbe.

Die Umsatzsteuerstatistik liefert von den für die Gesamtrechnungen nötigen Daten nur den Umsatz, wird nur alle zwei Jahre durchgeführt und beruht hinsichtlich der wirtschaftssystematischen Zuordnung auf Angaben der Finanzverwaltung.

Regionaltransfers der Faktoreinkommen

Die Darstellung der Außenbeziehungen zur übrigen Welt erschöpft sich in der Länderrechnung darin, daß man beim Übergang von der Entstehungsrechnung (Inlandskonzept) auf das Inländerkonzept der Verteilungs- und der Verwendungsrechnung den „Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt“ berücksichtigt. Man zieht also vom Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten die daraus den Nichtinländern zustehenden Faktoreinkommen ab und fügt umgekehrt die durch Erwerbstätigkeit oder Vermögen außerhalb des Landes entstandenen Einkommen zu. Dann erhält man das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten oder, anders ausgedrückt, das Volkseinkommen.

In der Länderrechnung wird dieser Rechenweg umgekehrt besprochen, weil nicht die interregionalen Einkommenstransfers selbst, sondern — über Pendlerschätzungen¹² und über Daten der Einkommen- und der Körperschaftsteuerstatistik — nur ihr Niederschlag bekannt ist, also das Einkommen der Inländer. Der „Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt“ ist die rechnerische Differenz zwischen Volkseinkommen und Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten, also zwischen verschiedenen ermittelten Werten. Entsprechend geringer gesichert ist auch sein Aussagewert.

Problematisch ist auch die Behandlung von staatlichen Einrichtungen, die zum Unternehmenssektor zählen, aber erhebliche betriebswirtschaftliche Verluste aufwei-

sen, so die Deutsche Bundesbahn und die Bundesanstalt für Landwirtschaftliche Marktordnung. Diese Verluste dort nachzuweisen, wo der Sitz der Institution ist, macht wenig Sinn, weil de facto „der“ Steuerzahler diese Verluste trägt. Hier kommt es darauf an, den Verlust „neutral“ auf die Regionen zu verteilen.

Abstimmung der Verwendungsseite

Auch in der Verwendungsrechnung finden die Außenbeziehungen der Region ihren direkten Niederschlag nur im bereits beschriebenen Einkommenssaldo mit der übrigen Welt, denn er stellt die Differenz dar auch zwischen Bruttoinlands- und Bruttosozialprodukt. Als Bestandteile des Bruttosozialprodukts werden für die Länder nur der private und der staatliche Konsum sowie die staatlichen und unternehmerischen Anlageinvestitionen nachgewiesen. Der Außenbeitrag, also die Differenz zwischen Im- und Export, wird mit den Vorratsveränderungen und der statistischen Differenz im sog. „Restposten“ zusammengefaßt, der sich als Unterschied zwischen dem Bruttosozialprodukt und der Summe seiner Teilaggregate Verbrauch und Anlageinvestitionen ergibt.

Daß der Außenbeitrag fehlt, ist nicht nur deshalb nachteilig, weil die entsprechende Information nicht bereitgestellt werden kann, sondern auch deshalb, weil eine Additionskontrolle aller Komponenten der Verwendungsrechnung nicht möglich ist.

Spar- und Konsumquote

Ein fragmentarischer Seitentrieb der Länderrechnung ist der Nachweis der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Fragmentarisch deshalb, weil für die übrigen Sektoren ein verfügbares Einkommen nicht ermittelt wird, und Seitentrieb deshalb, weil er eine Art Sackgasse der Berechnung darstellt: Der private Verbrauch wird nicht aus dem verfügbaren Einkommen heraus entwickelt. Was die privaten Haushalte konsumieren, wird in einem von der Verteilungsrechnung völlig losgelösten Rechenvorgang auf weitgehend additive Weise ermittelt, hauptsächlich anhand der Angaben über den Absatz der unmittelbaren Lieferanten der privaten Haushalte (Lieferbereiche). Dabei ist es schwierig, das Inländerkonzept streng durchzuhalten, weil insbesondere in kleineren Ländern mit Einkaufsmetropolen an der Landesgrenze ein großer Teil der privaten Nachfrage außer Landes befriedigt wird. Man ist hier auf Annahmen und Schätzungen angewiesen.

12) Die Problematik der Schätzung von Pendlerzahlen, die hier nur angedeutet ist, wurde näher ausgeführt in Heft 2/1990 dieser Zeitschrift.

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind das Ergebnis der sogenannten Umverteilungsrechnung: Von dem auf die privaten Haushalte entfallenden Teil des Volkseinkommens werden die direkten Steuern und die Sozialabgaben abgezogen, die empfangenen laufenden Übertragungen (Renten, Sozialhilfe, Wohngeld usw.) werden hinzugerechnet. Auch hier ist die Datenbasis mit Unsicherheiten behaftet.

Der Gedanke liegt nahe, den Quotienten aus privatem Verbrauch und verfügbarem Einkommen der privaten Haushalte zu bilden. Das Ergebnis, die durchschnittliche Konsumquote, wird vom Arbeitskreis VGR der Länder in seinen Veröffentlichungen zwar geboten, aber nicht besonders herausgestellt, denn es werden zwei aus verschiedenen und jeweils mit Schwächen behaf-

teten Konsistenzkreisen stammende Größen aufeinander bezogen. Man weiß nicht, ob die Fehler beider Rechenwege sich ausgleichen oder kumulieren. Daß sich die rechnerische Konsumquote der Länder-VGR möglicherweise nicht mit empirisch ermittelten Konsumquoten (z. B. aus Einkommens- und Verbrauchsstichproben) deckt, hat aber auch methodische Gründe, die z. B. in der geschilderten Sonderbehandlung der Nutzung von Eigentümerwohnungen liegen.

Die Sparquote ist das Komplement der Konsumquote zu 1 bzw. 100 %. Sie könnte also als Abstimmgröße dienen. Nur: Auch die Ersparnis wird in der Länderrechnung als Differenz und nicht originär berechnet.

Bernd Struck

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige Zahl
r = berichtigte Zahl
s = geschätzte Zahl
D = Durchschnitt

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
· = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
/ = Zahlenwert nicht sicher genug
X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
... = Angabe fällt später an

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

42. Jahrgang . Heft 7 . Juli 1990

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1988		1989		1989			1990		
			Monats- durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 560	...	2 567	2 568	2 569
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG											
Eheschließungen	Anzahl	1 439	1 437	1 182	1 022	2 627	736	1 202
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,7	...	5,4	4,8	12,0
Lebendgeborene	Anzahl	2 276	2 281	2 308	2 152	2 411	2 251	2 400
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	10,6	...	10,6	10,2	11,1
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 535	2 546	2 648	2 400	2 662	2 378	2 544
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,9	...	12,2	11,4	12,2
darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	15	15	22	15	11	20	12
	je 1 000 Lebendgeborene	6,6	6,6	9,5	7,0	4,6	8,9	5,0
Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 259	- 264	- 340	- 248	- 251	- 127	- 144
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 1,2	...	- 1,6	- 1,2	- 1,2
WANDERUNGEN											
Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 671	...	6 236	5 512	5 593
Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4 638	...	4 900	4 444	3 886
Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 033	...	+ 1 336	+ 1 068	+ 1 707
Innerhalb des Landes Umgezogene 1)	Anzahl	8 977	...	9 571	8 161	7 879
Wanderungsfälle	Anzahl	19 286	...	20 707	18 117	17 358
ARBEITSLAGE											
Arbeitslose (Monatsende)	1 000	109	101	110	101	94	114	106	97	90	90
darunter Männer	1 000	61	57	64	57	53	64	59	53	49	49
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	8,0	6,5	12,6	10,2	8,7	9,3	8,7	6,1	2,6	2,6
darunter Männer	1 000	7,2	5,8	11,9	9,6	6,8	8,9	8,4	5,8	2,4	2,4
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	5,7	6,5	6,8	6,5	7,0	8,0	9,1	10,3	11,7	11,7
LANDWIRTSCHAFT											
VIEHBESTAND											
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 481 ^a	1 491 ^a
darunter Milchkühe	1 000	481 ^a	480 ^a
(ohne Ammen- und Mutterkühe)											
Schweine	1 000	1 540 ^a	1 451 ^a	.	1 543	.	.	.	1 463	.	.
darunter Zuchtsauen	1 000	151 ^a	144 ^a	.	146	.	.	.	148	.	.
darunter trächtig	1 000	103 ^a	99 ^a	.	99	.	.	.	101	.	.
SCHLACHTUNGEN²⁾											
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	43	41	54	31	32	40	46	36	40	40
Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	0	0	1	1	1
Schweine	1 000 St.	212	189	195	191	210	167	184	203	193	193
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1
SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN²⁾											
(ohne Geflügel)	1 000 t	30,9	29,0	33,4	25,7	27,6	27,1	30,6	29,3	29,8	29,8
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	13,0	12,7	16,7	9,2	9,5	12,5	14,6	11,4	12,6	12,6
Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	17,6	16,0	16,4	16,3	17,8	14,4	15,9	17,6	16,9	16,9
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für²⁾											
Rinder (ohne Kälber)	kg	302	312	314	301	302	318	321	315	318	318
Kälber	kg	127	131	127	127	129	129	128	132	126	126
Schweine	kg	84	85	85	86	85	87	86	87	88	88
GEFLÜGEL											
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	für Legehennenküken	1 000	98	99
	für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	121	77
MILCHERZEUGUNG											
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	95	95	91	96	98	93	90	96	98	98
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,5	13,7	13,2	15,4	16,1	11,9	12,2	14,7	16,1	16,1

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslantiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1988	1989	1989			1990			
				Monats- durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	165	169	167	167	167	173	174	174	175
darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	112	114	112	112	113	117	117	117	117
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 433	15 483	15 436	15 444	14 835	15 902	16 676	15 437	16 175
Lohnsumme	Mill. DM	344,4	360,4	330,0	345,4	365,0	335,1	352,1	377,1	392,6
Gehaltssumme	Mill. DM	252,4	270,4	252,4	261,0	266,6	257,8	271,4	278,0	295,6
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 956	2 274	2 103	1 990	1 946	1 967	2 598	1 980	2 355
aus dem Inland	Mill. DM	1 238	1 437	1 357	1 299	1 299	1 323	1 435	1 342	1 708
aus dem Ausland	Mill. DM	718	837	746	691	647	644	1 163	638	647
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 194	3 414	3 420	3 276	3 399	3 259	3 702	3 514	3 550
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 427	2 595	2 624	2 495	2 647	2 437	2 836	2 648	2 779
Auslandsumsatz	Mill. DM	768	819	796	781	753	822	867	866	771
Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	14	15
Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	45,4	47,0
Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	75	63
leichtes Heizöl	1 000 t	7	7
schweres Heizöl	1 000 t	67	56
Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	272	281	289	277	267	283	303	284	294
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	33	34	33	27	32	31	30	30	33
Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe ⁶⁾	1980 = 100	113,0	115,3	116,3	121,5	115,0
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	39 301	39 744	38 412	39 323	39 942	38 730	39 305	39 913	40 376
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 262	4 382	3 845	4 340	4 521	3 400	4 324	4 323	4 963
darunter für Wohnungsbauten	1 000	1 593	1 623	1 506	1 565	1 650	1 331	1 715	1 647	1 913
gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 071	1 181	995	1 165	1 213	1 018	1 143	1 113	1 251
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 522	1 493	1 292	1 535	1 557	1 013	1 384	1 456	1 673
Lohnsumme	Mill. DM	91,8	97,2	81,8	86,1	102,6	73,4	88,9	99,8	114,5
Gehaltssumme	Mill. DM	18,6	19,3	17,6	18,6	18,8	18,0	18,5	20,0	20,7
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	359,5	390,8	322,6	311,1	376,4	261,5	362,6	369,4	462,5
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	224,2	236,4	237,6	242,3	258,3	203,9	304,7	362,8	275,4
AUSBAUGEWERBE⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	7 134	7 542	7 171	7 171	7 267	7 950	8 019	7 986	8 019
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	848	896	863	826	872	891	981	916	996
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	19,7	21,6	19,9	18,9	21,0	21,1	22,4	22,5	24,8
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	57,5	64,0	53,8	56,1	53,9	51,5	66,5	59,3	67,9
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG¹⁰⁾										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 299	2 185	2 515	2 485	2 399
Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	939	944	989	948	874
Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen)¹¹⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	99,0	101,2	98,3
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	150,5	159,2	129,5

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₀ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Ab März 1990 vorläufige Ergebnisse. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1988		1989		1989			1990		
		Monats- durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
BAUTÄTIGKEIT											
BAUGENEHMIGUNGEN											
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	435	440	490	484	517	433	666	500	689	
darunter mit											
1 Wohnung	Anzahl	386	373	423	417	450	368	532	418	548	
2 Wohnungen	Anzahl	33	40	49	42	40	39	97	53	84	
Rauminhalt	1 000 m ³	319	353	382	418	402	344	606	446	682	
Wohnfläche	1 000 m ²	56	63	67	67	72	62	107	81	123	
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	112	113	107	106	102	77	122	102	163	
Rauminhalt	1 000 m ³	515	557	369	599	431	331	513	657	781	
Nutzfläche	1 000 m ²	86	90	62	101	68	54	94	102	131	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	634	730	720	720	796	799	1 336	1 031	1 542	
HANDEL UND GASTGEWERBE											
AUSFUHR											
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	923,9	p 046,3	1 043,9	948,4	1 000,2	1 032,1	1 058,5	
davon Güter der											
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	150,8	p 184,9	192,1	186,5	216,8	136,9	161,4	
gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	773,2	p 861,4	851,8	761,8	783,4	895,2	897,1	
davon											
Rohstoffe	Mill. DM	13,2	p 16,2	17,8	16,7	17,2	15,0	15,6	
Halbwaren	Mill. DM	54,8	p 64,6	84,7	68,7	63,2	73,6	63,8	
Fertigwaren	Mill. DM	705,2	p 780,6	749,4	676,4	703,1	806,6	817,7	
davon											
Vorerzeugnisse	Mill. DM	124,0	p 125,7	137,9	117,5	136,4	122,7	131,4	
Enderzeugnisse	Mill. DM	581,2	p 654,9	611,5	559,0	566,7	683,9	686,3	
nach ausgewählten Verbrauchsländern											
EG-Länder	Mill. DM	457,6	p 514,1	552,2	496,2	538,6	496,5	563,3	
darunter											
Niederlande	Mill. DM	85,9	p 104,7	103,3	102,0	106,3	93,8	112,6	
Frankreich	Mill. DM	83,3	p 93,4	119,9	82,7	92,6	102,1	100,3	
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	78,9	p 84,5	80,0	82,9	96,2	67,8	77,6	
Dänemark	Mill. DM	77,5	p 74,5	77,9	73,7	75,2	66,3	80,5	
EINZELHANDELSUMSÄTZE (MeBzahl)	1986 = 100	110,2	p 116,2	p 118,4	p 113,3	p 118,0	p 105,5	p 124,7	p 124,5	...	
GASTGEWERBEUMSÄTZE (MeBzahl)	1986 = 100	106,9	p 111,1	p 95,8	p 100,8	p 132,7	p 73,0	p 89,0	p 116,9	...	
FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSRÄUMEN											
MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)											
Ankünfte	1 000	266	287	218	256	395	132	196	315	...	
darunter von Auslandsgästen	1 000	32	37	27	31	39	18	25	37	...	
Übernachtungen	1 000	1 432	1 471	962	1 028	1 927	465	731	1 436	...	
darunter von Auslandsgästen	1 000	60	72	57	61	74	39	50	71	...	
VERKEHR											
SEESCHIFFFAHRT¹⁾											
Güterempfang	1 000 t	1 450	...	1 501	1 429	1 463	
Güterversand	1 000 t	880	...	985	1 057	1 031	
BINNENSCHIFFFAHRT											
Güterempfang	1 000 t	147	136	108	117	125	124	139	
Güterversand	1 000 t	163	158	150	130	154	143	156	
ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE²⁾											
darunter Krafträder	Anzahl	239	258	719	446	467	245	743	
Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	9 044	8 970	11 777	11 089	9 167	9 081	11 678	
Lastkraftwagen											
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	437	467	488	548	497	461	599	
STRASSENVERKEHR SUNFÄLLE											
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 426	1 399	1 277	1 315	1 607	1 215	1 267	p 1 324	p 1 672	
Getötete Personen	Anzahl	31	29	28	20	31	28	30	p 36	p 26	
Verletzte Personen	Anzahl	1 832	1 802	1 652	1 673	2 068	1 600	1 665	p 1 715	p 2 142	

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge
 2) mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr
 3) einschließlich Kombinationskraftwagen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1988		1989		1999			1990		
		Monats- durchschnitt ¹⁾		März	April	Mai	Febr.	März	April	Ma	
GELD UND KREDIT											
KREDITE UND EINLAGEN²⁾											
Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	77 967	80 020	78 616	78 557	78 633	80 499	80 995	80 935	80 952	
darunter											
Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	76 574	78 780	77 270	77 210	77 274	79 208	79 626	79 516	79 527	
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	8 933	9 784	9 407	9 314	9 185	10 034	10 464	10 300	10 326	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 742	9 336	8 894	8 915	8 978	9 585	10 011	9 917	9 924	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	191	448	512	399	207	449	453	383	402	
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 225	4 157	3 989	3 975	3 967	4 228	4 220	4 237	4 251	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 525	3 636	3 499	3 469	3 453	3 683	3 670	3 683	3 665	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	701	521	489	506	514	545	550	554	586	
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	63 416	64 839	63 875	63 921	64 121	64 945	64 942	64 979	64 951	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	46 583	48 165	47 012	47 065	47 233	48 348	48 395	48 441	48 603	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	16 832	16 674	16 863	16 855	16 887	16 598	16 547	16 538	16 348	
Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	57 198	60 676	56 553	57 008	57 262	60 724	60 007	60 548	60 737	
Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	36 452	40 596	36 285	36 858	37 200	41 093	40 611	41 331	41 671	
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	28 834	32 511	28 980	29 395	29 530	33 040	32 694	33 298	33 528	
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	7 618	8 086	7 305	7 463	7 670	8 053	7 917	8 034	8 143	
Spareinlagen	Mill. DM	20 736	20 080	20 269	20 150	20 061	19 631	19 397	19 216	19 066	
bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldverschreibungen)	Mill. DM	
Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften), ab 1.1.87 vierteljährlich	Mill. DM	1 095	4 103	3 959	.	.	.	4 450	.	.	
Lastschriften auf Sparkonten, ab 1.1.87 viertelj.	Mill. DM	1 074	3 786	4 428	.	.	.	5 144	.	.	
ZAHLUNGSSCHNIERIGKEITEN											
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	r 53	59	77	72	32	56	41	45	50	
Vergleichsverfahren	Anzahl	r -	-	-	-	-	-	1	1	1	
Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	156	142	125	145	173	105	105	
Wechselsumme	Mill. DM	1,1	1,0	1,1	0,9	1,5	1,0	0,7	
STEUERN											
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART											
		Vierteljahres- durchschnitt			1. Vj. 89			1. Vj. 90			
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 883,2	3 099,1	3 023,8	-	-	-	2 860,1	-	-	
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	2 016,4	2 178,7	1 987,4	-	-	-	1 938,3	-	-	
Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 466,4	1 574,5	1 418,7	-	-	-	1 415,0	-	-	
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	303,6	349,4	305,5	-	-	-	344,8	-	-	
nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	45,2	71,6	86,1	-	-	-	54,1	-	-	
Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	201,3	183,3	177,1	-	-	-	124,5	-	-	
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	866,8	920,3	1 036,4	-	-	-	921,8	-	-	
Umsatzsteuer	Mill. DM	503,0	519,2	674,8	-	-	-	658,3	-	-	
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	363,7	401,1	361,6	-	-	-	263,5	-	-	
Bundessteuern	Mill. DM	130,5	142,6	180,5	-	-	-	76,9	-	-	
Zölle	Mill. DM	0,1	0,0	-	-	-	-	-	-	-	
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	115,0	122,8	139,0	-	-	-	29,7	-	-	
Landessteuern	Mill. DM	192,9	212,2	198,8	-	-	-	222,6	-	-	
Vermögensteuer	Mill. DM	34,8	35,8	39,9	-	-	-	35,2	-	-	
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	80,8	92,1	80,9	-	-	-	102,6	-	-	
Biersteuer	Mill. DM	6,9	6,9	5,4	-	-	-	5,9	-	-	
Gemeindesteuern	Mill. DM	308,7	334,0	307,2	-	-	-	325,8	-	-	
Grundsteuer A	Mill. DM	7,8	7,8	7,8	-	-	-	7,5	-	-	
Grundsteuer B	Mill. DM	71,4	76,9	75,2	-	-	-	72,7	-	-	
Gewerbesteuer	Mill. DM	220,9	238,0	216,5	-	-	-	232,5	-	-	
nach Ertrag und Kapital (brutto)											
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN											
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 488,0	1 620,0	1 602,6	-	-	-	1 439,8	-	-	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	776,4	860,0	747,9	-	-	-	763,2	-	-	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	563,4	598,2	673,6	-	-	-	599,2	-	-	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	17,7	19,3	0,5	-	-	-	0,6	-	-	
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 638,5	1 734,2	1 712,8	-	-	-	1 657,8	-	-	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	945,7	998,8	950,3	-	-	-	879,3	-	-	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	482,2	503,9	563,2	-	-	-	555,3	-	-	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	17,7	19,3	0,5	-	-	-	0,6	-	-	
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	557,7	611,2	326,3	-	-	-	335,5	-	-	
Gewerbesteuer	Mill. DM	185,5	199,4	215,5	-	-	-	231,3	-	-	
nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾											
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	284,4	315,8	20,0	-	-	-	10,9	-	-	

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

	1988	1989	1989			1990				
			Monats- durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
PREISE										
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET 1985 = 100										
Einfuhrpreise	80,8	84,4	84,8	85,5	85,7	82,2	82,4	81,8
Ausfuhrpreise	99,3	102,1	102,0	102,3	102,6	101,7	101,9	102,1
Grundstoffpreise ⁶⁾ 1980 = 100	102,2	107,7	107,6	108,3	108,5	105,2	105,4
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	96,3	99,3	98,7	99,2	99,3	100,1	100,2	100,7
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	91,8	99,8	98,3	97,8	98,3	96,9	p 97,3	p 98,1
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude 1980 = 100	121,2	125,5	.	.	125,2	129,7
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	91,4	96,4	96,0	96,3	96,6	96,1	96,7	96,6
Einzelhandelspreise 1980 = 100	118,5	121,1	120,4	121,0	121,2	123,0	123,0	123,3	123,9	...
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	101,4	104,2	103,5	104,1	104,3	106,2	106,3	106,5	106,7	...
darunter für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	100,3	102,6	101,8	102,4	102,9	105,3	105,3	105,9	106,3	107,2
Bekleidung, Schuhe	104,5	106,0	105,7	105,8	105,9	106,7	106,9	107,0	107,2	...
Wohnungsmieten	105,6	108,6	108,0	108,3	108,5	111,0	111,3	111,7	112,0	...
Energie (ohne Kraftstoffe)	78,1	82,0	80,6	81,6	81,1	83,5	83,5	83,4	83,1	...
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	103,3	104,9	104,3	104,5	104,7	106,3	106,5	106,8	107,1	...
LÖHNE UND GEHÄLTER										
- Effektivverdienste in DM -										
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU										
Bruttowochenverdienste										
männliche Arbeiter	764	786	.	773
darunter Facharbeiter	798	827	.	808
weibliche Arbeiter	536	552	.	549
darunter Hilfsarbeiter	508	526	.	524
Bruttostundenverdienste										
männliche Arbeiter	18,78	19,44	.	19,36
darunter Facharbeiter	19,71	20,49	.	20,39
weibliche Arbeiter	13,62	14,07	.	14,08
darunter Hilfsarbeiter	12,90	13,34	.	13,35
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	40,6	40,4	.	39,9
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,3	39,2	.	39,0
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	4 609	4 759	.	4 750
weiblich	3 159	3 285	.	3 271
Technische Angestellte										
männlich	4 699	4 849	.	4 824
weiblich	3 075	3 217	.	3 204
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 690	3 831	.	3 822
weiblich	2 529	2 634	.	2 641
Technische Angestellte										
männlich	3 648	3 772	.	3 743
weiblich	(2 578)	(2 653)	.	(2 667)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 986	4 126	.	4 120
weiblich	2 708	2 823	.	2 830
Technische Angestellte										
männlich	4 631	4 779	.	4 756
weiblich	3 064	3 205	.	3 194

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken
3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage
6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

JAHRESZAHLEN A

Erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾					
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Übrige Dienst- leistungen	
												in 1 000
1984	2 510	5,8	8,8	11,8	- 8	5	1 144	72	344	250	479	
1985	2 614	5,8	8,8	12,0	- 8	9	1 146	60	351	244	492	
1986	2 613	6,0	9,4	11,9	- 6	5	1 151	58	342	234	518	
1987	2 554 ^{a)}	6,4	10,2	12,1	- 5	5	1 155	62	336	247	511	
1988	2 560	6,7	10,6	11,9	- 3	12	1 135	57	339	235	505	

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt ³⁾				
	Schüler im September ²⁾ in					von 100 Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1980		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund = 100
	in 1 000													
1984	152	15	68	76	2	10	38	33	19	62 422	5,1	55 083	3,2	95
1985	144	14	62	73	2	10	37	32	21	63 993	2,5	55 213	0,2	94
1986	137	13	58	70	2	10	35	33	23	67 828	6,0	56 878	3,0	95
1987	133	13	53	67	2	10	33	32	25	70 126	3,4	57 728	1,5	96
1988	132	12	50	64	2	10	33	31	26	73 015	4,1	59 231	2,6	93

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁶⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ⁴⁾									
	in 1 000										
1984	1 627	545	1 767	3 457	506	2 882	2 674	4 790	2 320	187	831
1985	1 592	526	1 743	2 995	510	2 794	2 600	4 853	2 240	178	776
1986	1 540	514	1 718	3 214	547	2 759	2 612	5 020	2 437	152	769
1987	1 497	480	1 632	3 214	530	2 648	2 388	4 802	2 132	121	494
1988	1 481	481	1 540	3 069	479	2 580	2 371	4 930	2 487	113	757

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom ⁸⁾
	in 1 000		in Mill. DM		in Mill. DM		1 000 t SKE ⁹⁾					
1984	165	113	194	3 673	2 485	36 236	8 090	231	1 346	568	312	49
1985	166	114	192	3 829	2 597	36 550	7 973	200	1 207	556	318	42
1986	167	114	188	3 945	2 749	36 650	7 867	180	865	501	319	41
1987	164	112	183	3 973	2 869	35 945	8 097	169	1 289	562	333	41
1988	165	112	185	4 133	3 029	38 335	9 212	164	1 258	654	354	40

- 1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen, 1984 Ergebnis der 0,4%-EG-Arbeitskräfteerhebung
- 2) 1984: November
- 3) ab 1986 vorläufiges Ergebnis
- 4) ohne Ammen- und Mutterkühe
- 5) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner
- 6) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang
- 7) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten
- 8) ohne Eigenenerzeugung
- 9) 1 t SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ
- a) Ergebnis der Volkszählung vom 25. 5. 1987

KREISZAHLEN

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. 11. 1989			Bevölkerungsveränderung im November 1989			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Mai 1990 (vorläufige Zahlen)			
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte	
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)							
		in %								
FLensburg	86 427	+ 0,2	+ 0,6	- 13	204	191	25	-	33	
KIEL	242 997	+ 0,3	+ 1,0	- 64	786	722	174	-	211	
LÜBECK	212 643	+ 0,3	+ 1,1	- 70	691	621	140	-	158	
NEUMÜNSTER	80 090	+ 0,4	+ 0,6	- 3	283	280	68	-	86	
Dithmarschen	127 752	+ 0,3	+ 0,6	- 26	457	431	88	2	116	
Hzgt. Lauenburg	156 552	+ 0,5	+ 1,4	- 16	865	849	104	3	133	
Nordfriesland	150 779	+ 0,1	+ 0,9	4	130	134	94	2	132	
Ostholstein	186 375	+ 0,4	+ 1,3	- 47	721	674	126	3	163	
Pinneberg	265 254	+ 0,2	+ 1,2	48	612	660	162	-	209	
Plön	117 741	+ 0,8	+ 1,0	11	910	921	76	2	112	
Rendsburg-Eckernförde	244 330	+ 0,2	+ 0,6	- 3	557	554	173	1	214	
Schleswig-Flensburg	178 269	+ 0,3	+ 1,1	- 30	482	452	102	3	130	
Segeberg	217 239	+ 0,3	+ 1,5	17	536	553	142	6	199	
Steinburg	126 704	+ 0,1	+ 0,8	- 25	120	95	76	-	94	
Stormarn	196 365	+ 0,3	+ 1,0	- 35	540	505	122	4	152	
Schleswig-Holstein	2 589 517	+ 0,3	+ 1,0	- 252	7 894	7 642	1 672	26	2 142	

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand ⁵⁾ am 1. 1. 1990		
	Betriebe am 31. 5. 1990	Beschäftigte am 31. 5. 1990	Umsatz ⁴⁾ im Mai 1990 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁶⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷⁾
FLensburg	67	8 989	188	39 336	35 283	408
KIEL	129	22 527	326	110 601	99 194	408
LÜBECK	139	20 676	329	93 549	83 861	394
NEUMÜNSTER	75	10 617	143	40 016	35 595	444
Dithmarschen	69	6 884	315	75 339	61 452	481
Hzgt. Lauenburg	106	8 771	141	89 752	77 960	498
Nordfriesland	60	3 536	107	90 703	74 379	493
Ostholstein	82	6 476	142	103 170	89 120	478
Pinneberg	193	21 039	428	147 943	129 765	489
Plön	45	2 747	45	67 538	57 340	487
Rendsburg-Eckernförde	124	10 433	199	142 140	120 045	491
Schleswig-Flensburg	80	5 149	146	105 899	86 698	486
Segeberg	189	19 340	428	140 203	120 979	557
Steinburg	82	9 184	205	74 027	61 387	484
Stormarn	168	18 711	411	118 148	104 354	531
Schleswig-Holstein	1 608	175 078	3 550	1 438 364	1 237 412	478

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 11. 1989 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Bevölkerungsstand am 30. 11. 1989

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

ZAHLEN FÜR DIE BUNDESLÄNDER

Land	Bevölkerung am 30. 6. 1989		Arbeitsmarkt				*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 31. 5. 1990	Kurzarbeiter Monatsmitte Mai 1990	offene Stellen 31. 5. 1990	Schweine insgesamt am 3. 12. 1989	Rindvieh am 3. 12. 1989	
		VZ 1987	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe
		in %							
Schleswig-Holstein	2 570,8	+ 0,6	+ 0,5	90,0	2,6	11,7	1 540	1 481	481
Hamburg	1 606,6	+ 0,9	+ 0,7	76,1	1,8	9,0	5	11	2
Niedersachsen	7 213,9	+ 0,7	+ 0,6	265,7	6,1	28,3	7 172	3 244	990
Bremen	665,1	+ 0,8	+ 0,7	39,0	1,0	3,5	4	16	4
Nordrhein-Westfalen	16 935,2	+ 1,3	+ 0,9	625,0	8,1	71,1	5 996	1 944	551
Hessen	5 594,2	+ 1,6	+ 1,0	130,8	2,2	25,6	1 033	722	242
Rheinland-Pfalz	3 665,2	+ 0,9	+ 0,7	89,6	1,4	14,5	533	552	192
Baden-Württemberg	9 494,8	+ 2,2	+ 1,3	161,4	8,9	82,2	2 227	1 625	600
Bayern	11 100,3	+ 1,8	+ 1,0	215,9	8,1	74,3	3 706	4 891	1 844
Saarland	1 055,5	- 0,0	+ 0,2	39,3	1,4	4,6	35	68	22
Berlin (West)	2 088,1	+ 3,7	+ 2,1	90,4	2,8	9,9	3	1	0
Bundesgebiet	61 989,8	+ 1,5	+ 0,9	1 823,3	44,4	334,7	22 165	14 563	4 929

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Wohnungswesen im Januar 1989	
	Beschäftigte am 31. 12. 1989 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Dezember 1989		Beschäftigte am 28. 2. 1990		zum Bau genehmigte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner ⁴⁾	Anzahl	je 10 000 Einwohner ⁴⁾
Schleswig-Holstein	172	3 752	22	39	15	631	2,5
Hamburg	135	7 894	14	21	13	157	1,0
Niedersachsen	657	14 988	35	103	14	2 711	3,8
Bremen	77	2 516	37	10	15	167	2,5
Nordrhein-Westfalen	1 969	38 914	31	232	14	4 950	2,9
Hessen	638	12 261	28	87	15	1 884	3,4
Rheinland-Pfalz	376	8 135	37	58	16	1 497	4,1
Baden-Württemberg	1 470	28 675	33	166	17	5 873	6,2
Bayern	1 394	24 433	34	205	18	5 588	5,0
Saarland	137	2 373	33	17	16	297	2,8
Berlin (West)	164	4 544	13	34	16	706	3,4
Bundesgebiet	7 190	148 484	31	971	16	24 461	3,9

Land	*Kfz-Bestand ⁵⁾ am 1. 1. 1990		Straßenverkehrsunfälle ⁷⁾ mit Personenschaden im März 1990				Bestand an Spar- einlagen 8) am 31. 1. 1990 in DM je Einw. 4)	Steuereinnahmen			
	ins- gesamt in 1 000	Pkw ⁶⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte		Verun- glückte je 100 Unfälle	des	des	der
		Anzahl	je 1 000 Einwohner 4)						Landes	Bundes	Gemeinden
									im 4. Vierteljahr 1989 in DM je Einwohner ⁹⁾		
Schleswig-Holstein	1 438	1 237	481	1 267	30	1 665	134	7 691	757	695	...
Hamburg	738	666	414	820	5	1 077	132	10 478	1 154	5 505	...
Niedersachsen	4 084	3 489	484	3 206	95	4 251	136	9 211	756	726	...
Bremen	308	278	417	331	3	385	117	10 654	846	1 572	...
Nordrhein-Westfalen	8 962	7 999	472	6 903	125	8 735	128	9 885	868	1 377	...
Hessen	3 352	2 915	521	2 497	57	3 284	134	11 626	932	1 197	...
Rheinland-Pfalz	2 203	1 864	509	1 516	22	2 021	135	10 810	782	838	...
Baden-Württemberg	5 700	4 841	510	3 721	91	4 919	135	12 063	908	1 138	...
Bayern	6 789	5 553	500	4 618	121	6 244	138	12 333	860	995	...
Saarland	606	539	510	466	3	622	134	9 845	752	737	...
Berlin (West)	822	719	344	947	7	1 302	138	9 123	673	2 676	...
Bundesgebiet	35 001	30 100	486	26 547	573	34 814	133	10 697	854	1 291	...

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Endgültige Werte 4) Bevölkerungsstand am 30. 6. 1989

5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, Länder: ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr; Bundesgebiet; einschl. Bundespost und Bundesbahn

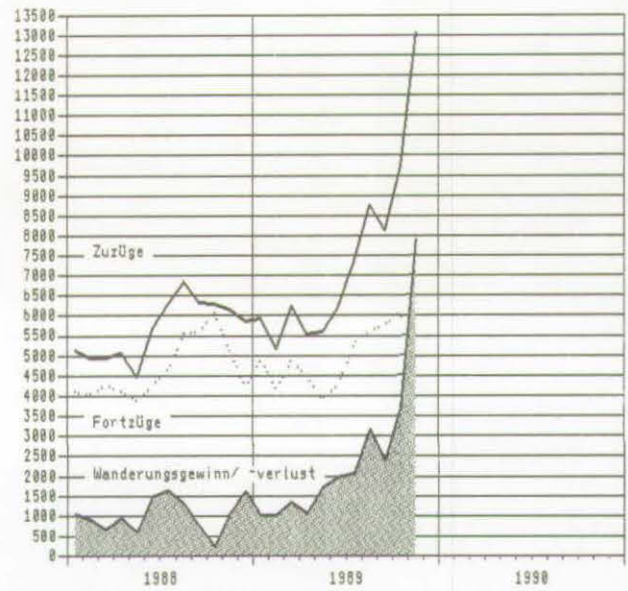
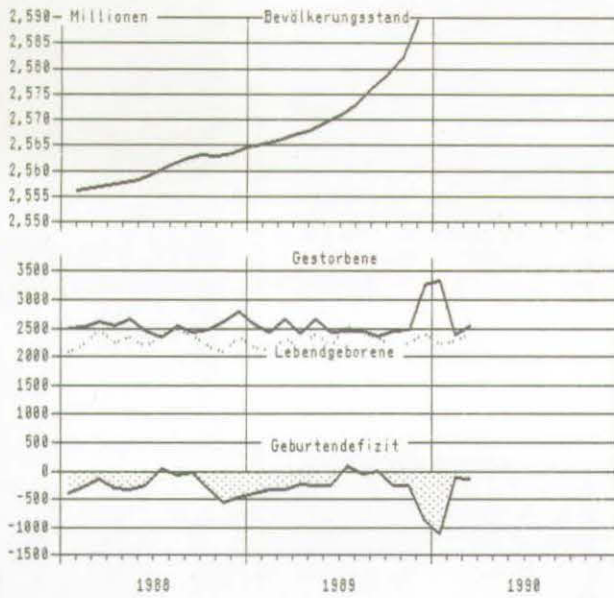
6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 8) ohne Postspareinlagen

9) Bevölkerungsstand: 30. 6. 1988

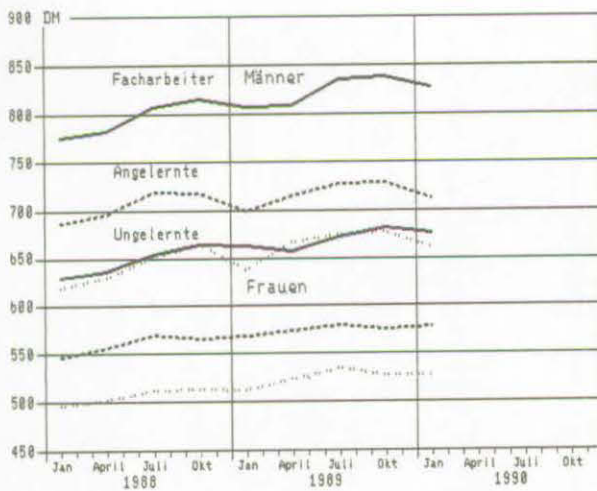
Entwicklung im Bild

D 5867 - A Stat. LA S-H

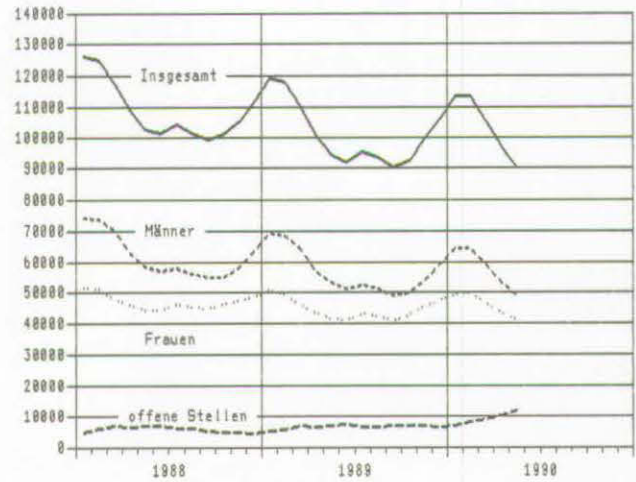
Bevölkerungsstand und -veränderung



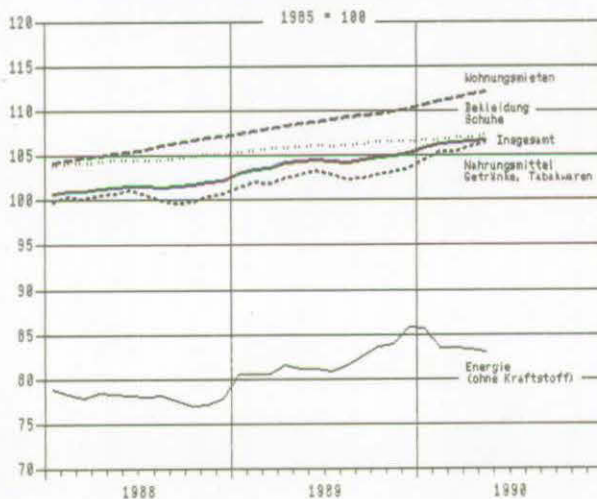
Bruttowochenverdienste



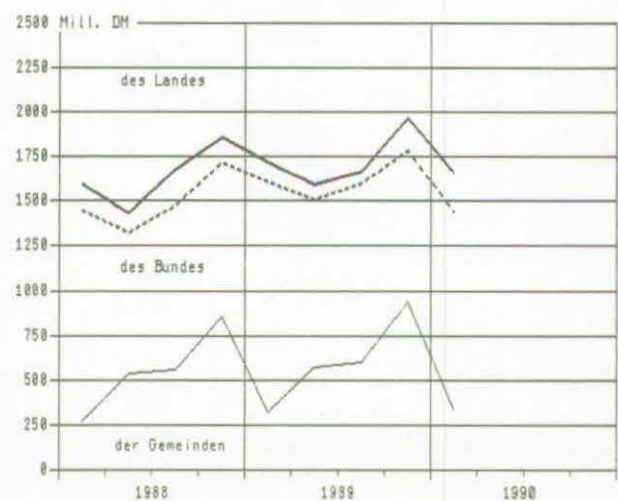
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Steuereinnahmen



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (04 31) 6 89 50
Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck
Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtenauer Str. 65a - Auflage: 700
Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -